

DIE GRUNDFRAGEN DER POLITISCHEN GESCHICHTE AM ANFANG DES JAHRHUNDERTS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DIE KOALITIONSREGIERUNG (1906–1910)

(Autoreferat der akademischen Dissertation des Verfassers)

ERSTER TEIL

von

ISTVÁN DOLMÁNYOS

Über das Thema

Statt des sofortigen Schreibens der Monographie über die Koalitionsregierung von Wekerle – das unser erstes Ziel war – mußten wir die Grundzüge einiger historischer Prozesse im Vergleich mit den achtziger Jahren ausarbeiten. (Aus der Geschichte der ungarischen Parlamentsopposition 1901–1904. Budapest 1963.) Im Vorwort des Buches über dieses Thema begründeten wir unsere zusammengesetztere Forschungsaufgabe. Aber selbst diese Monographie widerspiegelte nicht genügend die Erkenntnis, wie eng die Aufdeckung des Themas mit den Grundfragen der politischen Geschichte der Jahrhundertwende zusammenhängt.

Vor allem während der Arbeit am Band „Die Koalition während der Regierungskrise im Jahre 1905–1906“, (Budapest, 1976) wurde mir klarer, daß durch die etwa sechsjährige Geschichte der Koalition die in mehrerer Hinsicht neuartige Darstellung solcher Grundfragen der Epoche möglich wird, wie die gesamthistorische Rolle der Arbeiterbewegung, ihre Bündnispolitik, die Periodisierung ihres ökonomischen Kampfes, die ausländischen Beziehungen des Landes, der Farbwechsel der kleinbürgerlichen Demokratie, die Entwicklung der Nationalitätenfrage und nicht in letzter Reihe die gegenseitige Beziehung der Interessenvertretung der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, der politischen Parteien und Regierungen.

Die Perspektive wurde nach und nach breiter. Am Anfang schienen eher die allgemeinen Probleme wegen der Koalition interessant zu sein, später die Koalition von der Seite der großen Zusammenhänge. Darum bekam dieser dritte Band den umfassenderen Titel, der von der ursprünglichen Vorstellung abweicht.

Die Ausbreitung der Perspektive wurde dadurch gefördert, daß die bekannten Gesetze der Koalitionsregierung nur durch die Beachtung ihrer Vorgeschichte und ihrer Verwirklichung bis zum ersten Weltkrieg richtig beurteilt werden können. Früher hätten wir die Geschichte der Koalitionsregierung und des Parteibündnisses mit 1909 schließen; im

Laufe der Zeit überzeugten uns sowohl die Forschungen, anderer als auch die von uns aufgedeckten Tatsachen, daß das Leben des Parteibündnisses mit dem der Regierung nicht identisch ist.

Die Regierung hat trotz ihrer genau abgrenzbaren Amtsperiode eine „Nachgeschichte“, die zur Beleuchtung ihrer Tätigkeit beitragen kann. Eben durch die Untersuchung der späteren Folgen meinten wir die besondere, eine Wendung vorbereitende Bedeutung der in der Forschung bis jetzt ziemlich vernachlässigten Jahre 1908–1909 zu erkennen, *neben* den früher gründlicher erforschten 1906–1907. Das will die vorliegende Abhandlung in der Struktur und in der Proportion zum Ausdruck bringen. Die Dissertation analysiert den zur Verfassungspartei gehörenden Zweig der Koalition in der Periode der Geschichte der Koalition von 1908 bis 1911 gründlicher als gewöhnlich, was uns zwang, die zur Arbeitspartei führenden, sich auch zeitlich weiter dehnenden Prozesse ausführlicher kennenzulernen. Die weitläufige Liberalisierung-Demokratisierung der Justh-Partei – einer der wichtigsten Faktoren der Auflösung der Koalition – zwang uns auch zu der Bestrebung, das genaue Entwicklungsniveau der früheren Perioden im Vergleich mit der späteren Epoche zu bestimmen.

Trotz der neueren Erkenntnisse müssen wir auf die gültig begründend gemeinte Rolle der beiden erwähnten Arbeiten diejenigen aufmerksam machen, die in unserer Dissertation blättern. Wir haben hier keinen Platz, die dort gesagten zu wiederholen. Unter den dort bewußt als Einleitung behandelten Themenkreisen sind vor allem die folgenden beachtenswert: das Porträt der wichtigeren historischen Persönlichkeiten, die allgemeine Charakterisierung der Parteien und Richtungen, das Zustandekommen des Aprilpakts im Jahre 1906. Der Leser nimmt den letzten, aber selbständigen Teil einer historischen Abhandlung in Hand.

Obwohl unsere Dissertation zu einer kompletten Arbeit bestimmt wurde, müssen wir erwähnen, daß die Verhandlungen der serbischen und rumänischen Außenhandelsverträge in den zwei letzten Bänden notwendigerweise nur „durchlaufend“ abgehandelt sind. So ist der Anfang der serbischen Grenzsperr – den wir wegen seiner zeitbestimmenden Rolle aus dem Material der Fejérváry-Epoche nicht hervorheben konnten – in der Monographie über die Epoche um 1905–1906 zu finden.

Die Abhandlung ist in 26 Kapitel geteilt. Daraus überblicken die ersten 11 die Periode bis zum Ausgleich von 1907, die übrigen Kapitel – ausgenommen zwei – behandeln die Ereignisse bis zum Ende 1909. Das vorletzte Kapitel blickt auf die Jahre 1910–1911 aus.

Weil der Umfang des historiographischen Materials über die Geschichte der Koalitionsregierung verhältnismäßig bescheiden ist, und die Verschiebung eines Teils der historischen Bemerkungen nach der Mitteilung des neuen Materials ratsam schien, fiel diese Aufgabe dem letzten Kapitel zu. Die allgemeineren, forschungstechnischen Fragen, die außer den im Text berührten quellenkritischen Problemen übrig blieben, werden auch dort behandelt. Aus Umfangsgründen nahmen wir den entsprechenden Teil unseres Buches, „Mezőfi und die Koalition“ (Budapest, 1960)

in den Text der Abhandlung nicht auf, obwohl wir seine Ergebnisse benützten. Unser vorher ungarisch und auch deutsch erschienener Aufsatz, „Die Kritik der Lex Apponyi“ (Budapest, 1966, 1968), wurde in korrigierter und erweiterter Form auf seinen ursprünglichen Platz versetzt, weil seine Auslassung das Gesamtbild verletzt hätte. Das Kapitel, „Der politische Streik am 10. Oktober 1907 und die Koalitionsregierung“, ist zur Zeit im Druck, es wird in der „Századok“ erscheinen. Die auch im Ausland günstige Aufnahme dieser Teilergebnisse veranlaßte mich zur Beendigung der Dissertation.

Die Geschichte der Epoche ist relativ unbearbeitet. Daraus und noch mehr aus dem Kreis der Untersuchung folgt, daß die Abhandlung nur auf bestimmten Grundfragen der politischen Geschichte der Jahrhundertwende bzw. auch auf sie in verschiedenem Maße eingeht.

Nach der Beendigung der Dissertation halten wir die folgenden Probleme mehr oder weniger bis in die Einzelheiten gelöst: die Charakterisierung der eigenartigen Bauern- und Arbeiterpolitik der Koalition; die Zeichnung der radikalisierenden Rolle der Arbeiterbewegung (in die Richtung der kleinbürgerlichen Demokraten und der Parlamentsopposition); die Beschreibung der Schwankung in der Nationalitätenpolitik am Anfang des Jahrhunderts; die Periodisierung des mehrjährigen Krisenprozesses der Koalition samt der Bestimmung ihrer inneren Proportionen; die Charakterisierung des Widerhalls der Annexion Bosniens in Ungarn und der Kriegskrise 1908–1909; die Untersuchung der ungarischen ökonomisch-gesellschaftlichen Umgruppierungen, die hinter der Auflösung der Koalition und der Gründung der Arbeitspartei stecken und sie determinieren.

Andere wichtige Probleme berühren wir bloß, wir verweisen nur auf die Möglichkeiten der weiteren Forschung. So sehr es möglich war, brachten wir unsere Meinung über diese Probleme auch vor und boten Vorschläge, Gedanken, Hypothesen. Hierher gehört der geschichtliche Weg des bürgerlichen Radikalismus, die Ady-Frage, die Beziehung der Parteien der Nationalitäten zur Arbeiterbewegung, die Geschichte der wirtschaftlichen Interessenvertretungen, die Genesis der antimilitaristischen Bewegung, das Schicksal der Außenhandelsverträge usw.

Einige historiographischen Bemerkungen

Die Forschung der Geschichte der Jahrhundertwende war zwischen den zwei Weltkriegen auch im Vergleich mit der Frische der vorangehenden Periode beschränkt, unzulänglich. „Wir haben keine moderne Geschichte, wir haben nur Parlamentschronik.“ schrieb Lóránt Hegedüs. Die Geschichte der Koalitionsregierung wurde eher aufgrund der publizistischen Zusammenfassungen erwähnt, die aus der Zeit des Dualismus zurückblieben und zu denen Urteile des Geschichtsschreibers hinzugefügt wurden. Auch wenn es so war, ist die Demonstration der Anschauungen über die Koalition lehrreich.

Die Meinungsäußerung historischen Niveaus ist mit der Koalitionsregierung gleichzeitig. Gusztáv Beksics stellte einen interessanten und eigentlich richtigen Satz auf, über die Eigenartigkeit des Kabinetts meditierend: Der ungarische Ersatz der politischen Wechselwirtschaft, das Koalitionssystem begann das bisherige politische Leben, das die Wechselwirtschaft vermißte, abzulösen. Wir können hinzufügen, daß die Bemerkung von Beksics nicht nur auf den Fall des Koalitionsparteibündnisses gültig ist, sondern in großem Maße auch auf die Wendung der Arbeitspartei und noch mehr auf die Koalitionsregierungen des ersten Weltkriegs.

Der Anspruch auf die umfassende Darlegung der politischen Ereignisse am Anfang des Jahrhunderts entstand während der Krise der Koalition. Im Lager der Altliberalen unternahm Ármin Balassa die erste solcher Zusammenfassungen in seinem umfangreichen Buch, „Von Chlopy bis Bokányi“. Der Titel des Buches erregte eine Sensation: er schien den Herrscher mit dem bekanntesten Sozialisten in eine Reihe zu stellen. Es ging aber nicht nur um die Erweckung des Interesses; den politischen Rang, die trotz ihrer Unzulänglichkeiten zunehmende historische Rolle der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei anerkennt der Verfasser ungewollt. Was die Koalition betrifft, war die am meisten beachtenswerte Bemerkung von Balassa die relative Schwäche der Justh-Gruppe innerhalb der Koalition. Wie er schrieb, „diesem großen Lager gegenüber bedeutet die Bankpolitik von Justh nur so viel, als ob er den Mantel auf einen blanken Knopf aufnähen wollte.“ Die Publizistik der Koalition unternahm es jahrelang nicht, seinen Gegnern durch die Geschichte der Koalitionsregierung eine Antwort zu geben. Am Anfang versuchte sie der Gegenströmung, die ihren Höhepunkt im Buch von Balassa erreichte, die historische Antwort mit der Benützung der Geschichte der Fejérváry-Regierung zu geben. Die Koalition gab sich im Buch von Mangold, in dem es um dieses Thema geht, als den Helden des „nationalen Widerstands“ im Jahre 1905–1906 aus.

Von dieser Zeit an konnte die Publizistik der Tisza-Partei und der Arbeiterpartei die Führung an sich reißen in der Analysierung der Koalition. 1909 wurde die überwiegend der Periode der Koalitionsregierung gewidmete ausführliche Zusammenfassung von Göncöl, „Die Biographie der Koalition“, herausgegeben, die als der erste solcher Versuche betrachtet werden kann. (Der Sammelband von „Papharaszti“, dh. Bernát, erschien zu früh, er konnte sich mit der Endkrise der Koalition noch nicht beschäftigen.) Einer der ersten wirkungsvollen Verkünder des extremen Satzes, daß die Koalition vor allem von den Massen gestürzt wurde, war Göncöl. „Zuerst wurde die Koalition von unten gestürzt. Als sie von oben wurde fallen lassen, verdorrten schon alle ihrer Wurzelfäden im Boden der nationalen Seele“ schrieb er. Die Phrasen und die Tatsachen der Koalition konfrontierend hielt er dennoch eine in vieler Hinsicht berechtigte Anklagerede über die Koalition in einer Pose der bürgerlichen Demokratie. Seine Schlußfolgerung ist ebenso wahr wie typisch altliberal: „eine in jeder . . . Hinsicht klägliche, schamhafte Episode“ [Hervorhebung

von mir I. D. J. Eine Episode im Prozeß der liberalparteilichen Regierungssysteme.

Die Streitschriften der Arbeitspartei bewiesen dokumentartig, daß die Koalition ihre Versprechungen und Pläne nicht erfüllt hatte; ihre Verfasser haben aber die Feder gerne gedrückt.

Ein oft vorkommender Fehler ihrer Erörterungen ist, daß sie die Kritik der Verfassungspartei gemildert haben. Ein typisch vorweltkrieglicher Moment ihrer Beweisführung war, daß sie den Dualismus eben in der Form für ideal hielten, in der er damals existierte.

Die Kompromittierung der Koalition war zu nah, und die Selbstuntersuchung der ehemaligen Mitglieder der Koalition war unehrlich dazu, so konnte die vierbändige politikgeschichtliche Enzyklopädie, „Das politische Ungarn“ die das Thema bis zum 20. Jahrhundert untersuchte, und unter dem Patronat der Parlamentsopposition erschien, auf die sich erneuernden Angriffe der Arbeitspartei keine richtige Antwort geben.

Die ernsteren gesellschaftlichen Gründe der historischen Kritik suchten und fanden zu dieser Zeit die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die Bürgerlich-Radikalen. Wesentliche Unterschiede gab es in der sozialistischen und bürgerlichen Analyse der politischen Ereignisse, aber sie entdeckten auf historischer Ebene die wichtigsten Beweggründe der Handlungen der dualistischen Regierungen in der Verteidigung der Interessen der Gutsbesitzer. Zur Zeit der Koalitionsregierung betonten die sozialistischen und radikalen Bewertungen die grundlegende Identität der liberalen Partei und der Koalition.

Die richtige, obwohl manchmal übertriebene-Anschauung, die die Identität der liberalen Partei und der Koalition in den Vordergrund stellt, verblaßte nach dem Machtantritt der Arbeitspartei. Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die bürgerlich-radikale Bewegung haben ihre zur Zeit der Koalition aus Propagandazwecken begangenen propagandistische Übertreibungen nicht nur korrigiert, sondern unter dem Einfluß der neuen Koalition auf die Kosten der begründeten fortschrittlichen Auffassung unnötige Konzessionen gemacht. Das erklärt unter anderen, daß — unseres Wissens — niemand von sozialistischer oder radikaler Seite in den 10er Jahren das Schreiben der Geschichte der Koalition in einem ausschließlich diesem Thema gewidmeten Werk unternahm.

Die offizielle Geschichtsschreibung der Gegenrevolutionsperiode hob — sich den Bewertungen der Arbeitspartei anschließend, — die Geschichte der Koalition in ihre zusammenfassenden Werke hinein. Mit dem wichtigen Unterschied, daß sie auf die absolute Idealisierung des Dualismussystems verzichtete. Gyula Szekfü kritisierte in seinem Buch „Három nemzedék“. (Die drei Generationen) wegen des Zusammenbruchs des Dualismus von rechter Ungeduld erfüllt, mit dem Nachweis der Symptome der „Krankheit“ und der „Impotenz“, indirekt auch die liberalparteilichen arbeitsparteilichen Regierungen im Interesse eines noch härteren, noch entschlosseneren Dualismus. Desto mehr war er der Koalition feindlich

gesinnt. „Die Koalition brachte außer den berechtigten oder übertriebenen Befriedigungen persönlicher Ambitionen kein politisches Werk zustande.“ wiederholte Szekfü den wohlbekannten Satz. Er betrachtete die Tätigkeit der Koalition mit derselben Augenklappe des öffentlichen Rechts, der er jene politische Gruppe – übrigens berechtigt – anklagte. Die Koalitionsregierung setzte nämlich – wie wir es darstellen wollen – zahlreiche gemeinsame wirtschaftspolitische und politische Wünsche der ungarischen herrschenden Klassen erfolgreich durch.

Auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung bekam die Koalition im von Gyula Szekfü tief angewurzelten Tisza-Kult die Rolle des negativen Kontra-Helden. Das geschah mit starker konservativer Verblendung, weil die sog. „Asterrevolution“ mehrmals unmittelbar aus der Koalition abgeleitet wurde.

Im Tisza-Jahrbuch (1925) erschien eine Gedenkrede von Ferenc Herczeg, die charakteristisch zeigt, wie der Kurs die Anfangsperiode des Jahrhunderts beurteilte: „Eine jahrzehntelange, nicht völlig geheime, illegale Arbeit, in der sich die konservativen Aristokraten, die rotkrawattigen Anarchisten, die ausländischen Ungarenfresser und die achtundvierziger Patrioten bewußt (der unbewußt, aber im brüderlichen Einverständnis bemühten.“ In dieser Aufzählung ist die undifferenzierte Beischließung der Koalition leicht zu erkennen. Zugegeben, von der Koalition führte ein Weg auch zur Oktoberrevolution, aber „das jahrzehntelange ... brüderliche Einverständnis“ gehört zu den Märchen.

Als Sándor Pethő nach mehreren Versuchen in seinem Essay „Von Világos bis Trianon“ die Epoche etwas objektiver darstellte und die Zusammenhänge zwischen der liberalen Partei und der Koalition aufwarf, empfing es zwar der Rezensent der „Századok“ anerkennend, aber Miklós Nagy griff ihn in einer Studienreihe, bzw. in einem Buch an.

Nagy – wie Ferenc Herczeg – klagte auf unmöglicher Weise die Koalition wieder wegen ihres Internationalismus an. 1927 erschien die Abhandlung von Ernő Lengyel „Die Geschichte der Koalition“, die über das Thema auch Tisza folgend ein zusammengesetzteres Bild bot. Die Macht der Koalition nannte er die „Verwertung“ der Niederlage. Die Arbeit von Lengyel ist die zweite bedeutendere Monographie über die Koalitionsregierung, schon unter dem Patronat eines Geschichtsschreibers, Antal Balla.

In diesen Prozeß der allmählichen Erscheinung der mäßigradikalen Gegenmeinungen paßte das Memoire von Apponyi und Batthyány hinein. Dem ersten Band des Memoires von Apponyi folgte der zweite am Anfang der 30er Jahre. Diesem ließ der Verfasser – taktisch – eine Studie vom Grafen Zichy, der Mitglied der Koalition und auch der Arbeitspartei gewesen war, anschließen. In seiner Schrift „Graf Albert Apponyi im ungarischen politischen Leben“ suchte und fand der ehemalige Kultusminister von Khuen eine überbrückende Formel. Er hob hervor, daß sich die zur Arbeitspartei hinüberleitende Bewegung um 1909–1910 auch in der Koalition entfaltete: „Damals begann die Strömung, die die

67er Fahne vom Gesichtspunkt der *Salus Rei Publicae* wieder zum Sieg führte, die schon Franz Josef und nicht mehr Albert Apponyi gehörte.“

Es ist vollkommen verständlich, daß die beste bürgerliche Zusammenfassung der Dualismusperiode nicht von einem zur Unabhängigkeitspartei gehörten Historiker stammte, sondern von Gustav Gratz, der einst von der Verfassungspartei zur Arbeitspartei hinüberging. Gustav Gratz betrachtete die Geschichte der Koalitionspartei als eine Epoche, in der der Herrscher mit einer zu der Koalition ähnlichen unehrlichen Politik nach der „Kapitulation“ im Jahre 1906 immer mehr seine Stellungnahme zur Geltung brachte. In dieser Konzeption waren schon auch der Herrscher und die mit ihm sympathisierenden 67er Kräfte für die Gestaltung der Regierungspolitik gewissermaßen mitverantwortlich. In der Darstellung von Gratz tauchten die 67er Momente in der Führung der Koalition kräftiger und mit vieler Einsicht auf.

Es ist die Ironie der Geschichte, daß Gratz, der Tiszas ursprünglicher Auffassung gegenüber mäßiger-konservativen Ansichten zum Ausdruck brachte, und selbst den Führer der Arbeitspartei einigermaßen kritisierte, während der neueren extrem-rechten Welle von Pál Török in seiner 1938 in den „Századok“ erschienenen faschistoiden Rezension schon darum das Seinige kriegte, weil er der Anhänger von Tisza war. Török lobte die „Epoche der Revolutionen“ der „Dualismusperiode“ gegenüber.

Was den Anspruch der nach Dokumentierung strebenden Objektivität betrifft, ist die schon erwähnte einleitende Studie des 1934 erschienenen Dokumentbandes von Gyula Mérei der von Gratz ähnlich, und paßt sich auch historiographisch in der Zeit zu ihr.

Gyula Szekfü brachte Mitte der 30er Jahre vorläufig die Koalitionsauffassung des Werks „Die drei Generationen“ zur Geltung. Die Palme reichte er Tisza und der liberalen Partei. Nach dem Buch von Lóránt Hegedüs, „Zwei Andrássys und zwei Tiszas“ (1938), das schon der neueren Richtung den Weg freimachte, nahm Szekfü am Ende der 30er Jahre die Koalition betreffend eine neutrale Stellung ein, später, am Anfang der 40er Jahre tauchten die Zeichen einer gewissen Wendung auch in seiner Koalitionsauffassung auf. Zu dieser Zeit erhob er den Führer der Koalition, den jüngeren Gyula Andrássy zu den hervorragenden Persönlichkeiten. Über die Strömungen der Nationalitätenpolitik gesprochen stellte er schon Khuen-Hederváry vor Ferenc Kossuth.

Das war charakteristisch für die Epoche.

Die Umrisse einer historischen Rehabilitation der Koalitionsregierung tauchten damals noch von mehreren Seiten auf, von der Rechten bis zu den Sozialdemokraten. In der „Magyar Művelődéstörténet“ (Ungarische Kulturgeschichte) war der Vertreter dieser Richtung Gyula Miskolczy.

László Lajtor entzog das Wekerle-Kabinett in seinem über die Jahrhundertwende geschriebenen und der Koalition gegenüber kritischen Buch aller Verantwortung der Annexionspolitik von Bosnien.

Die Rehabilitationselemente der neugefärbten Wertungen waren im allgemeinen wertlos, falsch. Historiographisch ist in dieser Entwicklung der Moment wichtig, daß die einseitige Hervorhebung der liberalen Partei

aufzuhören begann, daß die ohne Grund gehobene Mauer zwischen der Koalition und der liberalen Partei einzustürzen begann. Szekfü übertrug schon diese egalisierende Auffassung in die „Periode nach der Revolution.“

Trotz aller Lehren dieser Auffassung bedeutet die teilweise Rehabilitation während des zweiten Weltkriegs eine der reichen Quellen, von der ausgehend die verschiedenen nationalistischen Strömungen auch nach dem Krieg die Koalition an die Stelle des Piedestals der liberalen Partei stellen wollten. Obgleich die Koalitionsregierung am Anfang der 40er Jahre nicht nur „schlecht rehabilitiert“ wurde, sondern man kann diese Regierung gar nicht positiv umwerten. Die relative Egalisierung muß nicht zugunsten der Koalition durchgeführt werden, sondern zuungunsten beider Richtungen.

Mit diesem Ergebnis klingt zusammen, genauer, diesem Ergebnis geht voraus, wie Emma Lederer gleich nach der Befreiung die Veranschaulichung der Zusammenhänge versuchte, die tiefer liegen, als die Parteiverhältnisse in der Dualismusperiode.

In der historischen Auffassung der Parteiverhältnisse im ungarischen Parlament und der Koalitionsregierung brachte die zu den marxistischen Wertungen der Jahrhundertwende zurückgehende kommunistische Historiographie im Vergleich mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung eine radikale Wendung. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf den Klassencharakter der Koalitionsregierung, auf die große Anzahl volkswidriger Maßnahmen, und auf die in dieser Hinsicht unter allen Regierungen des Dualismus existierenden Kontinuität und Kollaboration. Unsere neue Historiographie setze sich mit den Widersprüchen des nationalen Programms, der Praxis der Koalition auf einer festeren ideologischen Basis auseinander, als die Sozialisten und Bürgerlich-Radikalen.

József Révais Schriften, vor allem das Werk „Marxismus, «Völkertümlichkeit» und Ungartum“ und der Ady-Bard sind wegen ihrer anschauungsformenden Wirkung mit Recht berühmt. Den Révai-Nachlaß muß man natürlich immer mit den neuesten Ergebnissen der Geschichtsforschung vergleichen. Es ist nicht nötig, daß sich die heutigen Proportionen unserer Geschichtsschreibung zu den zur Révai Zeit aktuellen passen. Aber diese frühe Periode der kommunistischen Historiographie hat größere Verdienste, als das wir entscheidend auf ihre untergeordneten Einseitigkeiten, Unzulänglichkeiten hinweisen. Révais Schriften, in denen er die Nähe und die Näherung von 1848 und 1867, die mehrere Parteien durchdringende Ideologie des ungarischen Imperialismus untersucht, sind heute unverändert aktuell, sogar von höherem Range als je. Die erwähnten Schriften von Révai machten dem Nationalismus der Koalition, und einer Rehabilitierung der Koalition keine Zugeständnisse.

Zu dieser Periode unserer neuen Historiographie schließt sich das Werk von Erzsébet Andics, Dezső Nemes, Aladár Mód, und Pál Pach Zsigmond an, bei denen die Ergreifung der Eigenartigkeit der Koalition nicht zur über Verschärfung der Gegensätze zwischen der Koalition und der

liberalen Partei, zu einer Idealisierung der Koalition (und umgekehrt, zur Beschönigung der Politik der liberalen Partei) führte.

Diesen Weg schlug in der Spezialforschung Péter Hanák ein. In seinen Schriften beschäftigte er sich nicht nur mit der Koalition, sondern auch mit den allgemeinsten Problemen der Dualismusperiode. Tibor Erényi bietet vor allem in der Forschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Iván Berend T. und György Ránki in der Industrie- und Wirtschaftsgeschichte, Péter Simon und Klára Mérey in der Forschung der Agrarbewegungen, József Galántai in der der Religionspolitik, György Fukász und Márta Tömöry der Bewegungen der Intelligenz, Ferenc Mucsi der russisch-ungarischen Beziehungen, Ferenc Pölöskei im Übergang zur Arbeiterpartei, Gábor Kemény G., Miloš Gosiorovský, László Katus und Zoltán Szász in der Frage der Nationalitäten neue Anhaltspunkte zur Beurteilung der Koalitionsregierung.

Aus dem Gesichtspunkt des Materials, das die österreichische Arbeiterbewegung und die inneren Verhältnisse vergleicht, wiesen uns den Weg das Buch und die Studien des sowjetischen Owanians, die Geschichte Österreichs von Eva Priester, das Werk von Imre Gonda und Éva Somogyi mit marxistischem Anspruch. Zur Außenpolitik der Koalitionsperiode bot das Buch des sowjetischen I. I. Astafjew über die russisch-deutschen Beziehungen, das Werk von Gyula Mérey und István Diószegi neue Ausgangspunkte.

Die zweifelhaften Fragen der Historiographie der Jahrhundertwende legt der sowjetische T. N. Islamow in der Einleitung seines neuesten, schon zitierten Buches mit marxistischem Anspruch dar. Sein Werk verdient die besondere Beachtung, weil er auf dem Gebiet der Forschung der Koalitionsperiode ein größeres Material publizierte als die ungarischen Verfasser. Islamow eröffnete mit der Ausarbeitung der Reichszusammenhänge, mit der Zeichnung der Nationalitätenfrage, mit der Entdeckung der unbekannten Zweige der russisch-ungarischen Beziehungen auch innerhalb der marxistischen Historiographie neue Wege. In den Diskussionsfragen die Islamow in seiner schon erwähnten historiographischen Studie behandelt, hat – unserer Meinung nach – eher er recht. Die Ergebnisse seiner Forschungen brachte er auch im zweiten Band des zusammenfassenden Werks über die Geschichte Ungarns in russischer Sprache (1972) zur Geltung. Mit einem Teil der bestrittenen historiographischen Probleme beschäftigten wir uns in unserem erwähnten Buch über die Rolle der Koalition in der Jahren 1905 – 1906 ausführlich,

III.

1. Die Wahlen im Jahre 1906 und die Regierungserklärung der Koalition (vom 8. April 1906 bis Juni 1906)

Der Aprilpakt überraschte die Mitgliedschaft jeder politischen Partei in Ungarn. Der plötzlich entstandene Reformeifer der Koalition stellte auch das Beurteilungsvermögen der Linken auf die Probe. Die mit der

Wahlrechtsreform auftretende Koalition empfing die Mehrheit der Bevölkerung mit Begeisterung, oder wenigstens mit gutgesinnter Neutralität. Diese erste, die breiten Massen durchdrungene Impression bewahrte sich in den Reformillusionen, die im weniger gebildeten Teil des Agrarproletariats monatelang zu beobachten waren. Im Lager der Koalitionsparteien wurde die neue Regierung mit heller Freude empfangen. Die Mehrheit der Mitglieder der Unabhängigkeitspartei war mit dem Sinn der Wendung nicht im klaren. In der Verknüpfung und Verbeibung der mit der Wekerle-Regierung verbundenen Irrglauben hatte die demokratische Partei am Anfang eine große Rolle. Die zur liberalen Partei Gehörenden jubelten auch. Mit der symbolischen Anbietung ihres Platzes empfingen sie die Koalition. Sie feierten die Ergebung der Koalition und die Nachsichtigkeit des Königs. In der Stellungnahme der wirtschaftlichen Interessenvertretungen drückte sich – wenn auch mit verschiedener Begründung die zusammenklingende Zustimmung der führenden Parteien aus. In seiner Erklärung ergriff der Herrscher die Ereignisse in Ungarn von wirtschaftlicher Seite: „die Lösung der ungarischen Krise interessiert sehr die österreichische Industrie. Wir kehren zum früheren Standpunkt zurück. Es ist wichtig das in der Erinnerung zu behalten.“ Die größte Aufmerksamkeit richtete sich auf die Person des Ministerpräsidenten, es entstand eine wahre Wekerle-Illusion. Ausnahmen zeigten sich nur bei der Volkspartei, aber auch ihre Abneigung gegen Wekerle löste sich bald auf. Die Wahlrechtsreform und die Person von Wekerle schien am Anfang selbst Jászi mit Hoffnung zu erfüllen. In der Zeitung, „Nagyváradi Napló“ wurde der neue Regierungspräsident mit Freude begrüßt. Die Beurteilung der Regierung durch Wekerle spielte bei Ady auch eine große Rolle, aber er ging in der Abrechnung mit der Wekerle-Illusion den Bürgerlich-Radikalen im allgemeinen voraus. Ferenc Kossuth nützte nicht nur den Zauber seines Familiennamens, sondern auch die Rolle aus, in der es so vorkam, als ob er die Koalition von der Richtigkeit des allgemeinen Wahlrechts überzeugt hätte. Das Blatt von Mezöfi wirkte in der Popularisierung der ernstesten Reformabsicht von Ferenc Kossuth mit.

Der Widerstand der Opposition der Unabhängigkeitspartei, die gleich nach der Machtübernahme der Regierung erschien, schloß sich nicht zum kraftvollen Drängen der Wahlrechtsreform. Der Konservatismus im Wahlrecht ist auf die frühere Opposition in der Unabhängigkeitspartei fast allgemein charakteristisch. Lajos Mocsáry war auch keine Ausnahme. Der Aufschwung der Koalition, die Erreichung der unmittelbaren Grundziele des Parteibündnisses beendete sich mit dem Aprilpakt nicht. Es konnte keine starke Opposition aus den Reihen der Unabhängigkeitspartei organisiert werden, bis die Führer der Koalition mindestens die Angelegenheiten des Ausgleichs nicht abschlossen.

Es ist auch im Kreise der Sozialisten nachweisbar, daß die Nachricht des Pakts einem Mißverständnis begegnete, übertriebene Hoffnungen erweckte. Die Anschauung „Wir haben auch gewonnen“ – war zu dieser Zeit in der Bewegung allgemein und mit ihr die Überzeugung, daß „Wien“ für die Reform wirklich entschlossen ist, und daß sie „den Sieg“ aus-

schließlich der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei bedanken kann. Der Einführung der Reform war die „Népszava“ sicher. Trotzdem empfing die Arbeiterbewegung von den organisierten politischen Richtungen die Koalitionsregierung außergewöhnlich: ohne daß die Parteiführung die notwendigen Folgen der Inkonsistenz ihrer bisherigen Politik hätte abziehen können, kritisierte sie die Regierung sofort scharf und findig. Die „Népszava“ kümmerte sich nicht um die Reform-Wekerle, sie griff den Herrn des Guts von tausend Joch in Dános an. Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei ging mit der Modifizierung der allgemeinen Stimmung, mit der besseren Orientierung der Linken und mit der demokratischen Beeinflussung der unabhängigkeitsparteilichen Opposition voran. Die politische Bühne wandelte sich um. Das bunte Bild, das aus Wiens Unzufriedenheit, aus der Verstärkung der 67er Ansprüche, aus dem Siegesjubiläum der Unabhängigkeitspartei, aus dem Reformgeschwätz der Liberalen, aus der außergewöhnlich starken Irreführung der Massen und aus dem allmählichen Erwachen der Sozialdemokraten entstand, vereinfachte später einigermaßen die vor der Tür stehende Wahl. Ferenc Kosuth und seine Gruppe sah die wahre Gefahr nicht von der Seite der impotenten alten Führer der Unabhängigkeitspartei. Vielmehr fürchteten sie sich vor der radikalen Bauernorganisation Áchims, wer sich von der Koalition nur vor kurzem abtrennte. Áchim ist es gelungen, was der neuen unabhängigkeitsparteilichen Opposition zu dieser Zeit noch nicht: er konnte eine organisierte, der Regierung gegenüber auf festem Boden stehende oppositionelle Massenbewegung ausbauen. Die Bauernpartei, die sich der sozialdemokratischen Partei näherte, nahm den Kampf in der Wahl auf einer wichtigen Front der Regierung gegenüber auf. Die systematische geheime Beobachtung der Áchim-Bewegung begannen die früheren Verbündeten, die Politiker der Koalition.

Die Wahlvorbereitungen und die demokratische Taktik der Regierung machten die Beziehung der Sozialdemokratischen Partei und der Koalition eine Zeitlang komplizierter, als sie in den heißen Augenblicken der Fejérvári-Regierung war. Ende April und Anfang Mai charakterisierte Andrásfys Stellnahme eine gewisse Behutsamkeit – trotz der Retorsionen gegen die Arbeiterbewegung. Der Innenminister – mochte es auch gegen die unterschiedliche Entscheidung der Ortsverwaltungsbehörden sein – gab der Demonstration am 1. Mai in seinen Verordnungen in der Regel freie Bahn.

Die Parteien der Nationalitäten – ausgenommen die Sachsen – empfingen die Koalition mißtrauisch, dennoch erweckte sie in einigen Richtungen des Aprilpakts Hoffnungen. Aus der größeren Treue der rumänischen Nationalbewegung zur Dynastie folgt auch, daß solche Meinungen vor allem in den rumänischen Zeitungen zu finden sind. Aber der Paktversuch der rumänischen Politiker am 18. April 1906 scheiterte, die Konferenz am 27. April in Brassó machte so nicht nur die Aufgabe der Passivität in der rumänischen Bewegung allgemein, sondern gab auch ihrem Wahlkampf eine neue Richtung. Die Parteien der Nationalitäten entfernten sich noch nie so sehr von den bedeutendsten Strömungen des ungari-

schen politischen Lebens, wie am Vorabend der Wahl im Jahre 1906. Im Kreis der Nationalitäten fehlte — an die Sozialdemokratische Partei Ungarns erinnernd — die kraftvolle Reformillusion, die zu dieser Zeit die meisten politischen Strömungen in Ungarn versuchte. (Daran war die von Fejérváry — Kristóffy frisch verursachte Enttäuschung auch schuld. Wie die Reformgläubigkeit der Koalitionsmassen größtenteils die Tatsache bewahrte, daß sie den „Trabanten“ nicht glaubten.)

Die Wahlen führten innerhalb der Koalition nur mit der Volkspartei zu Reibungen. Desto heftiger war der Kampf mit den Kräften außerhalb der Koalition. Die terroristische Abwicklung der Wahlen forderte auch aus dem Kreis der Arbeiter Todesopfer. Unter den Nationalitätsrichtungen erlitten vor allem die jüngeren, demokratischen Persönlichkeiten der slowakischen Bewegung — unter ihnen Šrobar — eine Niederlage. Die Vorschriftenwidrigkeiten bei den Wahlen in Rózsahegy und Olaszliszka vergifteten die Atmosphäre dieser Gemeinden, und wurden im ganzen Land bekannt. Die Prozessenflut in der zweiten Hälfte von 1906 wuchs aus den Wahlen heraus. Die Sozialdemokratische Partei Ungarns trat für derer Sache ein, die von den chauvinistischen Behörden bloßgestellt wurden. Hodža, der sich vom August 1905 von der Koalition immer mehr entfernte, wandte sich 1906 entschlossener gegen die Koalition und schloß sich enger der Politik von Franz Ferdinand an. Die Auftritte der Armgevalt während der Wahlen überstiegen das Niveau der Auftritte an den Wahlen, die die liberale Partei führte, nicht. Die sprunghafte Vermehrung der gerichtlichen Bloßstellungen und der rechtlichen Sekkaturen waren die neuen Momente. In der politischen Unterdrückung blieb der unmittelbare Druck der Verwaltung entscheidend, aber das System der Unterdrückung erhob sich während der Tätigkeit der Wekerle-Regierung in größerem Maße in die „noch modernere“ rechtliche Sphäre.

Bei den Wahlen im Jahre 1906 kam es zum ersten Male vor, daß die 67er innerhalb der Koalition mehr Stimmen bekamen als die 67er außerhalb der Koalition. Dahinter steckte die Umgruppierung der 67er Kräfte. Die Stimmen bekamen oft solche Personen, die vorher als Parteilosen oder als Mitglieder der liberalen Partei auftraten. In der Koalition vermehrten sich die Stimmen der Volkspartei am schnellsten. Die Unabhängigkeitspartei konnte zum erstenmal 1906 (also nicht 1905) mehr Stimmen gewinnen, als die stärkste 67er Partei. Die Richtungen der Nationalitäten kamen bei den Wahlen sehr voraus. Den relativ größten Erfolg erreichte die slowakische Nationalpartei. Das Koalitionsparlament war aristokratischer, agrarischer und geistig geringwertiger, als die vorangehenden. In der Regierung wurde der Einfluß der Gutsbesitzer-Aristokraten besonders bedeutend, aber im Parlament war die Zahl der Gutsbesitzer geringer, als im allgemeinen in den Parlamenten, in denen die liberale Partei die Mehrheit bildete. Die Zusammensetzung des Parlaments begründete gesellschaftlich den einigermaßen breiteren Kreis der politischen Möglichkeiten, aber die Tätigkeit des Koalitionsparlaments charakterisierte eben die Tatsache, daß es den größeren Teil der Möglichkeiten nicht ausnützte.

Die kroatisch-serbische Koalition, zusammen mit Supilo, empfing die Koalitionsregierung mit Erleichterung und Vertrauen. Den Führern der ungarischen Koalition wurde das Bündnis der Kroaten schon nach der Auflösung des Parlaments im Februar unangenehm, und nach der Versöhnung mit dem Herrscher behandelten sie die Resolution von Fiume eher als eine überflüssige Last. Bis Mitte April taten sie nichts für die Kroaten. Bevor die kroatischen Vertreter ihr Bedenken in ernsterer Gestalt hätten betonen können, verschaffte die Wekerle-Regierung am 21. April 1906 der Verordnung von Fejérváry, die den alten Sabor auflöste, Geltung, und schrieb in Kroatien neue Wahlen aus.

In der Reihe der Thronreden kam es zum erstenmal am 4. Mai 1906 vor, daß Franz Joseph die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse versprach. Die Wahlrechtsreform kam in den Thronreden von Franz Joseph auch zum ersten Mal in Ungarn vor. Die Sozialisten schrieben ihrem Kampf im In-Vordergrund-Treten der Reform mit Recht eine große Rolle zu, aber die heuchlerische Thronrede nannten sie mit Grund das Werk der Reaktion. Sie begingen aber den großen Fehler, daß sie Franz Josef von der Verantwortung völlig enthoben. Die Koalition, die die Thronrede zusammenstellte, versprach unehrlich das allgemeine Wahlrecht obwohl sie nicht daran dachte, daß die Vereitelung des Wahlrechts in so großem Maße gelingen wird, wie sie nach 1–2 Jahren geschah. Hinter der Thronrede steckte – auch von Franz Josephs Seite – die Mißbilligung der konsequenten demokratischen Reform und die mäßige Reformbestrebung. Mehrere Politiker der wegen der Thronrede unzufriedenen Nationalitätenparteien näherten sich zu dieser Zeit den Sozialisten. Trotz der Fehler des Nationalitätenprogramms der Sozialdemokratischen Partei Ungarns bot den Politikern der Nationalitäten, die mit der Koalition kämpften, im Sommer 1906 beinahe tägliche Hilfe.

2. Die Koalitionsregierung gegen die Volksbewegungen im Jahre 1906

Die großen Streikbewegungen des Jahres begründeten sich vor allem auf den industriellen Aufschwung, der ein Teil des ähnlichen internationalen Prozesses war. In unserer historischen Bewertung gewannen die Lohnkämpfe der Industriearbeiterschaft im Jahre 1906, und die damit zusammenhängenden politischen Streite den ihnen gebührenden Platz noch nicht völlig. Die wirklich riesigen Demonstrationen der Arbeiterschaft im Jahre 1905 – vor allem in der Hauptstadt – und die damit verbundenen Lohnbewegungen verdeckten die Tatsache, daß die Streikbewegung 1906 ihren Höhepunkt imposant erreichte. Es wurde einseitig aufgeworfen, daß die Streike im Jahre 1906 „kleinere Massen in Bewegung brachten“ und daß diese die Verteidigung charakterisierte. Obwohl man die politischen Motive der Streike im Jahre 1906 in der Historiographie der letzten Jahre zu betonen begann, geschah es vorläufig, ohne daß die Gesamtheit der früheren Einseitigkeiten befriedigend geklärt worden wäre. Das russische Beispiel spornte die heimische Bewegungen besonders

vom Ende 1905 und die Gestaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland und in Österreich eher im Jahre 1906 an.

Die Streikbewegung im Jahre 1906 wurde gleichmäßiger als die im vorigen Jahre. Ein schreiender Mangel des größten politischen Streiks am 15. September 1905 war z. B. die Tatsache, daß die Parteiführung die Demonstrations- und Streikbewegung im Lande zügelte. 1906 begegnen wir solchen Bestrebungen nicht. Im Jahre der Machtübernahme der Wekerle-Regierung richtete die Arbeiterbewegung „von hinten“, vom Lande her, auch von der Richtung der Hauptkräfte der Koalition einen größeren Sturm gegen die Kapitalisten, gegen das herrschende Regime. Die Zeitungen der Koalition wurden auf die Popularität der russischen Revolution in Ungarn im Zusammenhang mit den Streiken aufmerksam. Sie fürchteten sich davor, daß diese aufgrund des russischen Beispiels zu allgemeineren Arbeitseinstellungen, zu einer Reihe mächtiger politischer Streike zusammenwachsen werden. Eine weitere Eigenartigkeit der Wirkung, die die russische Revolution Mitte 1906 auslöste, war, daß die Unabhängigkeitspartei in der Beurteilung der Ereignisse in Rußland noch mehr schwankte, als voriges Jahr. Die Altliberalen nützten die in der Unabhängigkeitspartei auftauchende „Ketzerie“ aus, und nannten sie übertreibend die „Vergötterung der Russen“.

Nach den Wahlen im April-Mai griff die Regierung die Arbeiterbewegung mit voller Kraft an, zu dieser Zeit gab sie einen Anstoß zum Versuch der „strengsten Prävention“. In die Frontlinie des Feldzugs standen die Dorfrichter, die Polizeikapitäne und die Obergespane. Den Auftritt der Regierenden charakterisierte vor allem die Aktivität der Ortsbehörden, die Regierung half den Behörden mit zentralen Verordnungen. Die neue Regierung berief sich an die Gesetze, als sie die Arbeiterbewegung angriff, aber sie überschritt in ihrem Praxis weit die Rahmen der gültigen Verordnungen. Die Arbeiterbewegung konnte so die Lösung der Legalität in noch höherem Maße zum eigenen Nutzen verwenden. Die Einsetzung des Militärs und die daraus entstandenen blutigen Zusammenstöße charakterisierten die Zustände besonders vom Juni 1906. Zu dieser Zeit fanden die größeren Industriestreike statt, die das Land bis zum Ende des Jahres erregten. In den „heißen Tagen“ im Juli 1906 entfaltete sich aus diesen Ereignissen der glühende politische Kampf zwischen der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei und der Koalitionsregierung. Die ungarische Arbeiterbewegung erlebte noch nie einen so heftigen Kampf. Die Regierung konnte – gegen ihren Willen – die Gewerkschaften nicht verbieten, weil sie schon einen unbesiegbaren politischen Faktor bedeuteten. Sie führte aber in breiterem Kreis die Molesté der Administration der Gewerkschaftsverbände ein. Vor allem die Arbeiterpresse der Nationalitäten litt unter den Schwierigkeiten dieser Periode. In der Reihe der neuartigen Erscheinungen der politischen Diversion und der sozialen Ableitung belebte die Regierung im Sommer 1906 die von ihr angeregten Arbeiterorganisationen und die Sproßparteien der Koalition in der Arbeiterbewegung. Unter ihnen konnte sich aber die sog. Szikora – Aktion selbst die Renegaten der sozialdemokrati-

schen Bewegung nicht verschaffen, so verfügte sie über keine Führer, die sich auf die sozialistische Massenarbeit verstanden. Aus ihrem Gesichtspunkt schloß sich die Organisation der Christlichsozialisten, die Mitte 1906 einen Aufschwung nahm, mit einem weniger negativen Ergebnis. Die Christlichsozialisten verfügten über solche Verbindungen — mit dem Klerus —, die sich Szikora nicht hätte träumen lassen. Die Christlichsozialisten trieben eine stärkere soziale Demagogie. Der noch stärkere Phrasenpolitik treibende, von der Last des Klerikalismus, vom „Klerikergeruch“ freie sog. Arbeiterschutzverband von Mezőfi leistete der Regierung besonders mit seinem Nationalismus, mit der Verleumdung der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei Dienste. Seine Rolle war nicht frei von Widersprüchen, er arbeitete nämlich mit seiner Reformopposition, mit der gelegentlichen Anknüpfung an die Streikbewegungen auch gegen die Regierung und gegen sich selbst.

Im „Bajonettherbst“ 1906 mischte sich die Armgewalt beinahe in jeden größeren Streik hinein. Die grelleren Willkürlichkeiten der Behörden kamen nach wie vor auf dem Lande vor. In der ersten Hälfte des Jahres überlegten die Regierungskreise lieber die Erschaffung des Streikgesetzes, sie kultivierten aber praktisch die negative Form des Verbots der Gewerksverbände, die Nicht-Kenntnisnahme der neuen Vereine. 1906 wurde das Zentrum der Bewegungen der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft auf ein neues Gebiet verlegt. 1905 fanden die wichtigsten Ereignisse in Transdanubien statt, 1906 war das Zentrum schon im Süden Ungarns, vor allem im Komitat Torontal. In diesen Komitaten war die Streikbewegung der Industriearbeiterschaft auffallend aktiv, sogar zu den größten Industriestreiken kam es in der unmittelbaren Nachbarschaft (Temesvár, seine Umgebung). Die Streikwelle der Erntearbeiter im Jahre 1906 bereitete keine Überraschung mehr. In der Koalition gab es — einschließlich der unabhängigkeitspartei — keine einzige Parlamentsrichtung, die wenigstens ihr Mitgefühl mit den militanten Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeiter und der armen Bauer ausgedrückt hätte. Der Ungarländische Wirtschaftsverband-Richtung von Darnyi im Namen der Agrarier monopolisierte die Agrarpolitik der Regierung. Bis zum Ausbruch der Streike der Erntearbeiter mußte sich die Regierung eher mit der offenen und geheimen Aufsicht der sozialdemokratischen Partei und des Landarbeiterversbands befriedigen. Trotz ihrer offensiven Absichten konnte die Regierung die Frage der Auflösung des Landarbeiterversbands im Frühling des Jahres 1906 nicht einmal ernsthaft aufwerfen. Während sie dieses Zugeständnis machte, stellte sie den Machtauftritt in den Vordergrund. Die Zeitigung der späteren Gesetzgebung der Koalition, die auch Reformelemente enthielt, beeinflussten die Volksbewegungen im Frühling und im Sommer 1906 entscheidend. Die politische Gegenaktion der ungarischen Gutsbesitzer unterstützten die Parteien der Nationalitäten mehrmals; die Mehrheit der Führer dieser Parteien verurteilte aber die Gewalttttigkeiten der Behörden.

chim stand im Juni 1906, in einer gespannten Atmosphäre für die Agrarproletarier so kräftig ein, daß diese Tatsache die chim-Angelegen-

heit im Auge der Regierung vor allem zu einem Landarbeiterproblem verwandelte. Den Politiker, der die Interessen der Besitzerbauer vertrat, veranlaßte die Lage, seine Bewegung in der Organisationsarbeit mehr in die Richtung der Agrarproletarier zu orientieren. Eben heute, wenn wir die Bedeutung der Áchim-Bewegung von der Seite des ganzen Bauerntums besser verstehen, wenn sich die Aufmerksamkeit der Forschung — mit Grund und Erfolg — eher zur Betonung der Kleinwirt-Energien der Bauernpartei wendet, muß man darauf hinweisen, daß Áchims Tätigkeit für die „Einheit der Bauer“ darum ergebnisvoll war, weil er auch die Sache der landwirtschaftlichen Arbeiter beachten und koordinieren konnte. All das näherte die Bauernpartei noch mehr der Ungarländischen Sozialdemokratischen Parteien. Darum wurde der Anschluß der Bauernpartei zu den Sozialisten im September 1906 in Erwägung gezogen. Unterdessen begann sich die Meinung in den Kreisen des Ungarischen Wirtschaftsverbands langsam zu verbreiten, daß das Arbeiterproblem der Großgrundbesitzer mit der Beeinflußung des Landarbeiterverbands gelöst werden muß.

Diesem Zweck diente der Erlaß des Innenministers Nr. 122 000, der das Recht der unmittelbaren Kontrolle und Einstellung der sich schnell vermehrenden Grundorganisationen und Gruppen des Landarbeiterverbands der örtlichen Verwaltung übertrug. Dieser Erlaß schuf einen stabileren rechtlichen Grund zu den Retorsionen gegen die Verbände. Die Angelegenheit des Streikgesetzes wurde im Dezember 1906 von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem die Ungarländische Sozialdemokratische Partei Anfang Dezember in der Hauptstadt gegen das Streikgesetz mit einer großen Demonstration protestierte. Die Mehrheit der Führung des Ungarischen Wirtschaftsverbands versöhnte sich bald mit der politischen Linienführung des Innenministers Andrassy. Weil die Gesetze, auf die man die Aufgaben des Streikgesetzes zu übertragen meinte, noch nicht fertig waren, stützten sich die Behörden im Kampf gegen die Bewegung der Landarbeiter rechtlich vor allem auf den Kreiserlaß Nr. 122 000. Neben dem Agrarproletariat verwendete die Regierung auf die Beeinflußung des Besitzerbauerntums auch große Sorge. Der größte Aufschwung der Tätigkeit des Landwirtschaftsverbandes, der die politische Richtung der Regierung vertrat, hängt mit dem Regierungsantritt der Koalition zusammen. Das dörfliche Netz der Kreditgenossenschaften und der allgemeinen Genossenschaften breitete sich schnell aus. Obwohl die Förderung der Bewegung der in erster Linie bäuerlichen Genossenschaften für die Regierung politische Nutzen brachte, machte sie ihr wegen der Protestierung der Kaufleute und der Bankkapitalisten auch Sorgen. Die kostbare Bauernpolitik der Koalition wurde zu einem neueren Faktor des Zwiespalts der wirtschaftlichen Interessenkreise, die das Parteibündnis zusammenhielten.

Zu den Erfolgen der Industrie- und Agrarproletariatspolitik der Regierung im Jahre 1906 gehörte die Tatsache, daß sie durch die gewaltige Unterdrückung der Streike den Ablauf der Erntearbeiten sichern konnte, daß sie im Kampf gegen die sozialistische Organisation auch

rechtlich „vorwärtstrat“, zahlreiche Gruppen und Organisationen des Landarbeitersverbands und der Gewerkschaften zerschlug, Áchim das Parlamentsmandat entzog, den großen Industriestreiken mit Gewalt die politische Schärfe nahm, und durch die persönlichen Bloßstellungen die Reihen der Bewegung lockern konnte. Die Retorsion Bánffys und die Retorsion der Koalition hingen eng zusammen. Die Wekerle-Regierung verfuhr auf Grund der Gesetze und Verordnungen der Bánffy-Periode. Darányi vertrat die persönliche Kontinuität. Die zeitgenössische Arbeiterbewegung erkannte die Kontinuität und hob sie aus dem Verfahren der beiden, liberalparteilichen und antiliberal parteilichen Regierungen hervor. Die Gewalt-Verwandschaft der Unterdrückung Bánffys und die der Koalition unterschieden sich bedeutend voneinander in ihrer Nuanciertheit. Bei Bánffy war sie vielmehr in eine Politik eingebettet, die offen reaktionäre Lösungen verkündete. Die Koalition mußte sein Verfahren unter dem größeren Druck der Bewegungen mit sozialistischen und demokratischen Lösungen oder mit teilweise solche Elemente enthaltenden Maßnahmen schon verhüllen. Die Reaktion siegte 1906–1907 mit einem seltsamen Minderwertigkeitsgefühl. Das statistische Material der Retorsionen scheint die Tatsache zu beweisen, daß die zahlenmäßige Zunahme der Entscheidungen eher mit der wachsenden Kraft der demokratischen Bewegungen als mit dem Parteizustand der dualistischen Regierungen zusammenhängt. Wenn die rück- und vorwärtsweisenden historischen Vergleiche die von Übertreibungen freie Beurteilung des Jahres 1906 auch möglich machen, ist es zweifellos, daß das erste Jahr der Koalitionsregierung eines der finstersten der Dualismusperiode war.

3. Wirtschaftspolitik und die inneren Diskussionen der Koalition im Jahre 1906

Auf den Gebieten außerhalb der Arbeiter- und Bauernbewegungen lag der Schwerpunkt der Tätigkeit der Koalitionsregierung 1906 auf den wirtschaftlichen Angelegenheiten. Ein Zweig dieser Angelegenheiten war der serbische Wirtschaftsvertrag, der Zollkrieg. Die Koalition unterstützte die Einstellung der Verhandlungen mit Serbien, und spielte später neben den gemeinschaften Behörden in der Verordnung der neuen Grenzsperre am 7. Juli 1906, in der Verlängerung des Krieges eine große Rolle. Unterdessen konnte sich die ungarische öffentliche Meinung in der herrschenden Richtung der Regierung wochenlang nicht zurechtfinden. Wegen der Förderung der Entfaltung des serbischen Zollkriegs trafen empfindliche Schaden die städtischen Volksschichten; die sich eben ausbildende freundschaftliche Beziehung mit den Serben verdarb; die Schärfe der Parteibündnisse gegen Österreich verstumpfte; die Opposition der Unabhängigkeitspartei geriet auch ungewollt in eine günstigere Lage; emotionell, und wegen des nebenbei geführten „kleinen Zollkriegs“, und der Einfuhrverbote verschärften sich die Gegensätze mit Kroatien; die Unzufriedenheit eines bestimmten Teils der Handels- und

Industriekapitalisten wurde immer größer, was an der Wand des agrar-merkantilen Interessenverbandes, der die Koalition wirtschaftspolitisch zusammenhielt, eine Bresche schlug.

Die Regierung führte auf dem Gebiet der ungarisch-österreichischen wirtschaftlichen Beziehungen bis Sommer 1906 ein mit dem österreichischen gleiches Zolltarifsystem ein, sie begann die Ausgleichsverhandlungen aufgrund des gemeinsamen Zollgebiets, bzw. vertagte die Lösung der entscheidenden Mehrheit der Fragen zwischen den zwei Teilen der Monarchie durch die Verzögerung des Ausgleichsverhandlungen, und konnte in der Feststellung der provisorischen Quote keine bedeutende Konzession erpressen. Sie konnte sich nur auf die rechtliche Errungenschaft des gesonderten Tarifgesetzes berufen, die sie zu Propagandazwecken gründlich ausnützte. Die Verhandlungen vom serbischen Vertrag und von den österreichischen Beziehungen und besonders die dazu gehörenden Fragen hingen mit den Diskussionen, die sich innerhalb der Koalition entfalteten, eng zusammen.

Die entscheidende Periode der fortgeschrittenen Auflösung der Koalition und der Unabhängigkeitspartei war 1908–1909, aber die Prozesse, die zum Endergebnis führten, stammten von früher. Die Krisenerscheinungen der Koalition und besonders der Unabhängigkeitspartei sind sogar bis 1906 zurückzuführen. Eine bestimmte Auflockerung-Auflösung konnte mit Ugrons Austritt im Januar und mit dem Austritt der Bánffy-Gruppe im März noch vor der Machtübernahme beobachtet werden. Die Bewegung der Holló-Gruppe und später die Kritik der „eklektischen Opposition“ rührte die abgestandenen Wasser der Koalition in den Tagen der Regierungsbildung – wenn auch nur auf der Oberfläche – wieder auf. Der Wahlerfolg der Bauernpartei, die in das Parlament trotz der Koalition einbrach, determinierte die Massenbasis der Koalition entscheidender. Die unzufriedenen Mitglieder der Unabhängigkeitspartei sammelten sich um die Zeitung „Független Magyarországn“. Die Regierung „erwischte“ das Blatt putschartig, und Zoltán Lengyel, der bisherige Chefredakteur, mußte seine Stelle Aladár Burgyán übergeben. Danach gruppierten sich die Mitglieder der Opposition – eher spontan – um das Boulevardblatt „A Nap“. Die Opposition wagte zu dieser Zeit die Minister der Koalition nicht einmal kritisieren. Ein demonstrativer Austritt fand zum erstenmal im Juli 1906 statt. Der unmittelbare Grund des Austritts war die Tatsache, daß Olay mit dem Führer der „eklektischen Opposition“ solidarisch war. Károly Eötvös spielte quasi eine vermittelnde Rolle zwischen der „eklektischen Opposition“, denen, die in der Partei blieben und der Bauernpartei. Er machte gewisse Versuche mit dem Zweck, daß die unabhängigkeitsparteiliche Opposition die Sache der Wahlrechtsreform unterstütze und gewissermaßen mit der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung trete. Auf die Flachheit der Hauptrichtung der beginnenden Bewegung der Opposition wies die Tatsache hin, daß selbst Lajos Mocsáry die positive Verwendung der Regierung für möglich hielt. Im Herbst 1906 wurde die „Radikális Újság“ zu einem der Sprachrohren der Opposition. Zu den –

vorläufig relativ milden — krisenerscheinungen gehörte der innere Konflikt der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, die sich daraus entfaltende „Augustrevolution“. Das wirkte auf das Verhalten der demokratischen Partei, und förderte deren Abtrennungsaktionen. Die demokratische Partei bemühte sich im Oktober 1906 mit der Bauernpartei ein Bündnis zu schließen. Die demokratischen Elemente der Nationalitätenparteien wurden auf die Gärung innerhalb der Koalition aufmerksam, und versuchten die Koalitionsopposition zu radikalisieren und zu demokratisieren. Der wichtigste positive Anreger der Herausbildung der inneren Opposition der Regierung war die Ungarländische Sozialdemokratische Partei. Außer dem Drängen der Wahlrechtsreform erweichten die Sozialisten die verständigeren und ehrlicheren Mitglieder der Unabhängigkeitspartei mit ihren persönlichen Angriffen gegen die Führer der Koalition.

In der Gegenpropaganda der Regierung stand der Angriff gegen die „Trabanten“ an der ersten Stelle. Neben der Pression des Königs und den persönlichen Vermittlungen spielten auch andere Gegner der Koalition (Ungarländische Sozialdemokratische Partei, die Bürgerlich-Radikalen) im Ausgang der Verfolgung der „Trabanten“ eine Rolle. Der Feldzug war praktisch gegen die Radikal-Demokraten, die als provisorische Mitfahrer der Fejérváry-Regierung auftraten, wirklich erbarmungslos. Der Ady-Prozeß, der sich am 22. Oktober 1906 beendete, wurde dadurch zu einem im ganzen Land bekannten Ereignis, daß Ady als Zeugen Wekerle, Fejérváry, Wésszi, Kornél Ábrányi und Ármin Bernát vorladen ließ. Wekerle erreichte durch seine Geschäftigkeit nur einen Teilerfolg: auch im Kreis der Unabhängigkeitspartei waren solche Meinungen zu hören, die für Ady eintraten.

Die Beziehung der verschiedenen Gruppen der bürgerlichen Opposition mit der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei war ziemlich ungeklärt. Der Kampf in zwei Richtungen, der gleichzeitige Streit mit den Sozialisten war besonders für die Unabhängigkeitsparteiliche Opposition charakteristisch. Bei der Zusammenstellung der Delegation für die gemeinsamen Angelegenheiten machte die Unabhängigkeitspartei den 67er Parteien der Koalition damit ein Zugeständnis, daß er die Kommission für die gemeinsamen Angelegenheiten zu einer dem Geschmack des Hofes mehr entsprechenden Essenz verwandelte. Die 67er bildeten die Mehrheit in diesem Korps. Die antisozialistische, antirevolutionäre Stimmung der Führer der Unabhängigkeitspartei ist besonders darin zu ergreifen, daß sie an der Delegation teilnahmen. Die Interessen des ungarischen Imperialismus führten nur auf bestimmten Gebieten zu Hervorhebung der Sonderansprüche, während in anderen Bereichen (in der Außenpolitik, in der Angelegenheit des gemeinsamen Kriegswesens) die Betonung des gemeinsamen Wohlergehens in den Vordergrund drängte. Die von den Delegierten vorgelegten Forderungen waren bescheiden, ihre Verwirklichung brachte im System des öffentlichen Rechts des Dualismus eine günstige Mikrobewegung zugunsten der ungarischen herrschenden Klassen. Das Koalitionsparlament trug zur Aufrüstung der Monarchie in großen Maß bei. Der größere Teil der unabhängigkeitspartei-

lichen Opposition wollte Ende 1906 seine Politik noch innerhalb der Partei zur Geltung bringen.

Die Diskussion über die Wahlrechtsreform in Österreich lenkte besonders um Januar 1907 die Aufmerksamkeit der Opposition auf die Sache der Wahlrechtsreform, sie verstärkte die im Kreis der Opposition aufgetauchte widersprüchliche Reformströmung. Die Sozialisten und vor allem die Politiker der Nationalitäten machten das widersprüchliche Reformprogramm, das am eindeutigsten György Nagy vertrat, zur Zielscheibe ihrer systematischen politischen Kritik. Die Bewegung der organisatorisch gestaltlosen Opposition im Herbst und im Winter erwies sich auch so als eine Grenzlinie in der Geschichte der Unabhängigkeitspartei, sogar der Koalition. Die Krise des Parteibündnisses wurde am Anfang 1907 offensichtlich. Polonyis Sturz bewies schon die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Regierung. Unter den Kräften, die Polonyi entfernten, war die Gruppe der 67er Politiker determinierend, sie warfen damit der Opposition auch einen Knochen zu. Polonyi trieb Anfang 1907 keinerlei positive Politik. Aus ihm machte der Sturz einen Zwangsoppositionisten. Der Auftritt der Opposition veranlaßte die Regierung zur baldigen Einrichtung des Gesetzes für die Industrieförderung. Unter den Novellen der Wirtschaftsförderung stießen die Interessen innerhalb des Parteibündnisses am wenigsten hier zusammen. Das Gesetz war kompromißartig, wie die Gesetze der Koalition im allgemeinen. Der Vorschlag war einerseits die gewöhnliche Steuer der dualistischen Regierung der Industrie, andererseits erweckte die Regierung durch ihn die Hoffnung des selbständigen Zollgebiets. Die Großgrundbesitzer der Koalition fanden sich endlich mit dem Gesetz für die Industrieförderung ab. Der III. Gesetzartikel vom Jahre 1907 brach der staatlichen Unterstützung der Industrie eine breitere Bahn, arbeitete aber keinen Plan für die Förderung aus, und entschied nicht über die finanziellen Gründe der Unterstützung der Industrie. Er schuf bloß einen günstigeren Rahmen für die Industriepolitik. Die Regierung und noch mehr die öffentliche Meinung machte sich übermäßige Hoffnungen auf die Aktion der Industrieförderung. Die Zahlangaben der damaligen unoffiziellen Pläne überboten weit die während des Krieges summierten Ergebnisse. Eine Hälfte der zur Industrieförderung verwendbaren Finanzbasis wurde zum industriellen Fachunterricht verbraucht. Große Summen bekam die Kleinindustrie. Der Auflauf der Aktion fiel in die Zeit der Koalitionsregierung. Die Machtübernahme der sog. Arbeitspartei verursachte 1910 provisorisch eine Stagnierung, dann setzte sich die Aktion mit kleineren Summen fort, um am Vorabend des Weltkriegs aus anderen Gründen einen Aufschwung zu nehmen. Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei hielt das Gesetz für die Industrieförderung für eine versöhnende Gabe und trat nicht gegen es, sondern gegen seine Schranken und gegen die politischen Mißbräuche ein. Dennoch ragt die Aktion, die mit den III. Gesetzartikeln des Jahres 1907 begann, aus der bürgerlichen Industriepolitik des Jahrhunderts im Vergleich mit den Schwierigkeiten der Periode zwischen den zwei Weltkriegen heraus. Letzten Endes konnte das We-

kerle-Kabinetts 1906 das Vertrauen des agrarischen Großbesitzes durch den serbischen Zollkrieg noch verstärken und wenigstens die Gutgesinntheit eines ansehnlichen Teils des Industriekapitals mit dem erfolgreichen Gesetz für die Industrieförderung bewahren. Die politischen Diskussionen innerhalb der Koalition konnten so bis zum Anfang 1907 im Hintergrund gehalten werden.

4. Die Arbeiterpolitik der Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 1907 und die Versicherungsgesetz

Vom Anfang 1907 – ohne daß die Streikbewegung ihre Bedeutung verloren hätte – gerieten die organisatorischen Probleme der Arbeiterschaft von Schritt zu Schritt in den Mittelpunkt der Klassenkämpfe. Die Verschwächung der Streikbewegung war 1907 mäßig. Die stärkeren Wellen der Bewegung erreichten die Knotenpunkte auf dem Lande. Wegen des größeren Rückfalls der Agrarbewegungen kam die Regierung dennoch zum Atem und übergang zu einem kraftvolleren Angriff. Sie setzte das Zerschlagen einiger wichtigen Zentren der Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung, was sie voriges Jahr nicht zu versuchen wagte. Trotzdem entwickelte sich die Organisation der Arbeiterbewegung. Der Unterschied ist im Vergleich zu 1906 nicht einfach im Rückfall, sondern in der Modifizierung des Gesamtbildes. Die sozialistischen Führer gründeten den Plan ihrer Gegenaktion ausschließlich auf die Erwägung des allgemeinen Streiks. Sie suchten die wirksameren Methoden des politischen-ideologischen Angriffs gegen die Koalitionsregierung nicht genug bewußt. In der ersten Hälfte von 1907 konnte die Parteiführung den Rückzug nicht genügend organisieren. Die Regierung ließ sich mit den Bauarbeitern in den heftigsten Verwaltungskampf ein. Dennoch setzten sich die Erfolge der Gewerkschaft 1907 fort. Die Schläge trafen vor allem die örtlichen Organisationen. Die Einstellungen und Auflösungen radikalisierten die Industriearbeiterschaft besonders vom März 1907. In den betroffenen Gewerkschaften störten die nach einer Niederlage gewöhnlichen Übertreibungen, anarchistische Äußerungen und Anzüglichkeiten die Arbeit.

Die russische Revolution erweckte im Frühling 1907 in der zugespitzteren Lage wieder einen stärkeren Widerhall und ließ ihre Wirkung auch an der ersten Märzfeier in der Periode der Koalitionsregierung zu spüren. Die sozialdemokratische Partei benützte die Gedenkfeier im März zur Kritik der Koalition, während die Regierung die Popularisierung von Franz Josef verfügte. Am Kongreß der Partei im Jahre 1907 wurde aber der Vorschlag zurückgewiesen, nach dem die Regierung von einer mit dem bürgerlichen Nationalismus gemeinsamen Plattform kritisiert werden soll. Die Parteiversammlung brachte keinen größeren Sieg der radikalen Richtung; man plante nur die Vorbereitung des allgemeinen Streiks. In den Monaten nach dem Kongreß machte die sozialdemokratische Partei im Verständnis der ungarischen nationalen Problematik einen gewissen Fortschritt, kritisierte die Koalition auf diesem Gebiet wirksamer und

begann damit aus ideologischem-politischem Gesichtspunkt die Vorbereitung des späteren Bündnisses mit der Unabhängigkeitspartei.

Mitte des Jahres wehten trotz der Bloßstellungen auch günstige Winde in der Arbeiterbewegung. Der Schwerpunkt der Retorsion der Koalitionsregierung fiel – die Industriearbeiterschaft betrachtet – nicht auf das Frühjahr von 1907, wie es die Fachliteratur bisher meinte, sondern eher auf das Ende desselben Jahres und auf die ersten sechs Monate von 1908. Die österreichische Wahlen aufgrund des allgemeinen Wahlrechts, und die neueren, im ganzen Land bekannten Streike beeinflussten günstig die allgemeine Stimmung. Trotz der vielen Vereinzerstörungen verminderte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht in großem Maße. Die Zahl der Mitgliedschaft der Eisenerbeiterverbandes vermehrte sich im Laufe von 1907 und wurde am Ende des Jahres höher als im Juni 1906. In Kenntnis der Angaben muß man die zeitgenössischen sozialdemokratischen Meinungen, über die katastrophalen Folgen des Feldzugs der Behörden etwas vorsichtiger beurteilen. Auffallend ist die Langsamkeit der Entwicklung. Die Verluste waren in Budapest kleiner als auf dem Land. Die Angst der Regierung hörte nicht auf, und das kam auch in der Fortsetzung der Reformgesetzgebung zum Ausdruck.

So wurde der Vorschlag zur Arbeiterversicherung, der seit Juni 1906 vorbereitet wurde, und über den später auch die Sozialisten feststellten, daß er „einen gewissen Fortschritt bedeutete“, im Parlament vorgelegt. Der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei machte besonders die Führung der Krankenkassen, bzw. das politische Problem Sorgen. Den Sozialdemokraten gelang es, den Vorschlag zur Zeit der Vorbereitung in mehreren Detaillen modifizieren zu lassen. Die sozialistische Kritik des Versicherungsgesetzes erreichte ihren Höhepunkt im März 1907. Ein Teil der betroffenen kapitalistischen Unternehmer kritisierte das Gesetz aus anderen Gründen. Die Provinzkanmer beunruhigten sich jahrelang wegen der Versicherungsreform. Der Vorschlag der Regierung hinkte den europäischen Versicherungsgesetzen nach, er konnte aber auch solche Lösungen übernehmen bzw. ausarbeiten, die einige entwickelten Industriestaaten rechtlich noch nicht erledigten. Ein großer Teil der vorwärtsweisenden Veränderungen diente aber eben dem ergebnisvolleren Kampf gegen den Sozialismus. Die sozialdemokratische Partei gab darum die Lösung der gründlichen Revision des Gesetzesvorschlags bzw. des Gesetzes im Jahre 1907 aus. In diesem Kampf gelang der sozialdemokratischen Partei die Mehrheit der Stellen in den örtlichen Versicherungskassen zu behalten oder verschaffen. Die Koalition hielt diese Lage für skandalös, und schrieb 1908–1909 die rechte Revision des Versicherungsgesetzes mit der Vorbereitung eines neuen Gesetzes aus. Der Widerstand der Kapitalisten und der Kleingewerbetreibenden hemmte die Gültigmachung des angenommen Gesetzes auch bis dahin. Der Industriellenverband forderte im November 1908 in einem Beschluß die ihm gefallende Reform des Gesetzes. Die arbeiterparteiliche Regierung folgte in der Sache der Versicherung dieser politischen Grundrichtung. Tisza beschränkte die Autonomie der Kassen, später, am Anfang des Krieges hob er sie völlig auf. Die Be-

wertung des Versicherungsgesetzes der Koalitionsregierung veränderte sich im Laufe der Zeit in großem Maße in den sozialistischen Analysen; die zusammengesetzte Art der Reform ergriffen die späteren Stellungnahmen richtiger. Das im Versicherungsgesetz erzwungene Reformelement ist unter den sämtlichen Gesetzen der Koalitionsregierung das bedeutendste.

5. Die Pragmatik für Eisenbahn im Jahre 1907 und die kroatische Obstruktion

Trotzdem, daß die Unabhängigkeitspartei schon seit langem über eine starke Unterstützung im Kreis der Eisenbahner verfügte, beschleunigte sich die Entwicklung der von den Sozialisten beeinflussten Eisenbahnerbewegung 1905–1906. Um die Wende 1906–1907 erlitt der Einfluß der Koalition auf die Eisenbahnerbewegung große Niederlagen. Die früheren Illusionen der Eisenbahner schlugen auf die Regierung auch zurück. Die Gärung war im sog. Bund der Heiligen Krone kraftvoller, im Verband der Lokomotivführer schwächer. Der Prozeß war ein wichtiger Teil der Auflösung der Massenbasis der Koalition. Die Unzufriedenheit der Eisenbahner verbreitete auch den Einfluß der unabhängigkeitsparteilichen Opposition. Das wichtigste Mittel des Vereinkriegs und der Streikabwehr wurde die Gesetzgebung.

Das Handelsministerium brachte im April 1907 den Antrag der zwei Eisenbahnergesetze, über die Gehaltsregelung und über die Pragmatik, eilig unter Dach. Der Ministerrat am 2. Mai 1907 trug dazu bei, daß die Pragmatik auch mit der Verbreitung der ungarischen Dienstsprache auf Kroatien belastet werde. Trotz dieses „kroatischen Paragraphs“ begründeten in erster Linie nicht die sprachlichen-kulturellen Erwägungen die Ausarbeitung und die Vorlegung der Pragmatik. Die Sozialdemokraten verurteilten scharf die politische Beschränkung der Eisenbahner, ein Teil der unabhängigkeitsparteilichen Opposition empfing sie mit Antipathie. Das Gesetz hätte dennoch schnell durchgebracht werden, falls der „kroatische Paragraph“ die Obstruktion der kroatischen Vertreter nicht ausgelöst hätte. Die Regierung brachte den Antrag im Juli 1907 putschartig, mit einem Vollmachtsgesetz durch, aber dies wagte sie nicht gleich anzuwenden: den Landesverband der Eisenbahner errettete provisorisch die vom Sommer 1907 aufschwingende wahlrechtliche Bewegung der Arbeiterschaft. Von nun an geriet aber die restliche Eisenbahnerbewegung mit der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei in eine noch engere Beziehung, sie verlor größtenteils ihre Gesondertheit. Gleichzeitig instituierte die Pragmatik den Rückstand der Bewegung im Rahmen der ganzen Arbeiterbewegung. Der Eisenbahnerzweig der Durchführung der Pragmatik schloß sich auf längere Zeit erst am Ende 1908 ab. Nicht so aber der kroatische Zweig.

Trotz des in Kraft getretenen Gesetzes begann ein jahrzehntelanger Kampf für die Veränderung „des kroatischen Paragraphs“. Ein Grund der Erzwingung „des kroatischen Paragraphs“ war, daß sich die unga-

rische Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1906 und am Anfang 1907 von der Richtung, der sie während der Resolution von Fiume folgte, noch mehr abwandte. Die ungarisch-kroatischen wirtschaftlichen Gegensätze verschärften sich übrigens auch, die Regierung bemühte sich, der unabhängigkeitsparteilichen Opposition mit der „radikalen“ kroatischen Politik zu begünstigen, sowohl die kroatische Opposition, als auch ihre kroatischen Gegner reichten dem zentralen Kabinett ihre politische Rechnung ein. Verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den zwei Koalitionen auch, färbten es Anfang 1907 auch die Momente der alten Zusammenarbeit. Das Memorandum von Josipovich am 8. Februar 1907 ging vom Verweis der liberalen Regierungen aus und schlug relativ bedeutende Konzessionen für die Kroaten vor. Sein Reformplan war 67er Art. Obwohl die Ansprüche der kroatischen Koalition über die Vorstellungen des Memorandums schon hinausgingen, ließ die im Handelsministerium verfertigte Pragmatik für Eisenbahn diesen Plan von der Seite der ungarischen Regierungsmehrheit fallen, auf den Anlaß von Wekerle, Andrassy und Ferenc Kossuth. Ihre Aktion folgte der im Herbst 1906 ergriffenen südslawischen Offensive. Die unabhängigkeitsparteiliche Opposition hielt sogar den „kroatischen Paragraph“ für wenig, und kritisierte die Regierung von der Rechten. Die Diskussion über die Pragmatik im Parlament näherte die Kroaten wieder zu den Parteien der ungarischen Nationalitäten. Seit 1848 gab es keine so enge Zusammenarbeit zwischen den kroatischen und slowakischen Politikern. Durch Hodža fand die kroatische Koalition zu dem Kreis von Franz Ferdinand Verbindungen, was die gegen Supilo gehobenen extremen Anklagen noch unverständlicher machte. Vor allem wegen des Fehlers der kroatischen Koalition, aber auch wegen der am Anfang falschen Bewertung der Lage wurde die Möglichkeit der engeren Zusammenarbeit zwischen den kroatischen Oppositionsparteien und der Arbeiterbewegung nicht genügend ausgenützt. Gyula Juth, der sich an die Regeln und Gewohnheiten des Parlaments hielt, vertrat mehrmals einen den Kroaten günstigen Standpunkt, obwohl wir davon nicht wissen, daß der Vorsitzende des Parlaments seine gelegentliche Stellungnahme schon damals mit den Argumenten der Nationalitätenpolitik unterstützte.

Den statt Pejacevich im Juni 1907 ernannten Banus, Sándor Rakodczay charakterisierte am Anfang ein lauter, brutaler Auftritt. Am Ende 1907 versuchte er zwangsmäßig auf eine scheinbar nachgiebige Politik zu übergehen. Hinter den inzwischen ausgebrochenen Demonstrationen stand schon eher die Partei von Starčević, als die kroatische Koalition. Die weitere Wandlung der Orientierung der ungarischen Regierung kam in den Verhandlungen mit der Partei von Frank zum Ausdruck.

Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei unterstützte endlich den Kampf der kroatischen Koalition für die nationale Sprache mit großer Energie. Mocsáry und noch einige kritisierten sogar die Unabhängigkeitsopposition im Interesse der Kroaten. (Mocsáry viel entschlossener als Juth.) Die kroatische Koalition trennte sich Mitte 1907 endlich von der ungarischen. Ihre Diskussion mit der Regierung trennte

die serbische radikale Partei von der kroatischen Koalition im August 1907 ab. Die serbische Regierung reagierte auf die ungarischen Ereignisse wegen der politischen Entfernung zwischen ihr und den kroatischen Führern relativ schwach. Die ungarische Koalition löste sich rascher auf als die kroatische, nicht zuletzt wegen ihres Konflikts mit den Kroaten. Die Abwendung des kroatisch-serbischen Parteibündnisses von dem ungarischen wirkte auf den Masseneinfluß des letzteren auch stark.

6. Die Lex Apponyi

Die ungarische bürgerliche Historiographie verleugnerte einerseits die Tatsache, daß die Schulgesetze von Apponyi mit der Unterdrückung der Nationalitäten zu tun hätten, andererseits beschönigte sie ihre Folgen. Die bürgerliche Geschichtsschreibung der ehemaligen Nationalitäten übertrieb mehrmals die Wirkung der mit Recht kritisierten Gesetze. Einer der Entstehungsgründe der Schulgesetze war gesellschaftlich. Die sich in sozialistische Richtung entwickelnden Bewegungen der ungarischen und der nichtungarischen Lehrer determinierten stark den Zeitpunkt der Vorlegung. Keine Schule der bürgerlichen Historiographie rechnete mit diesem Faktor. Ende 1906 und Anfang 1907 entstanden Gegensätze zwischen den ungarischen Kirchen und den der Nationalitäten, und ihren eigenen Lehrern. Die schulpolitischen Gesetzanträge im Jahre 1907 wurden als eine organische Fortsetzung der jahrzehntelangen schulpolitischen Praxis des Dualismus geformt und durchgebracht. Die Regierung wollte die Verstaatlichung der Konfessionsschulen aus nationalitätenpolitischen Gründen, aber sie verfügte dazu nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel. So wurde der Gedanke der „Protektion“ und der staatlichen Kontrolle der Konfessionsschulen zur Grundidee der Anträge. Ein großer Teil der Unabhängigkeitspartei forderte eine mehr chauvinistische Politik, unter den anfänglichen zwei Tendenzen innerhalb der Koalitionsregierung siegte aber die von der Verfassungspartei und von ihren nahen Verbündeten vertretene andere, auch chauvinistische, aber etwas vorsichtigere, sich den Traditionen anpassende Richtung. Noch vor der Annahme der Gesetze trafen sie nationalistische schulpolitische Maßnahmen.

Die Lex Apponyi schloß sich dem Berzeviczy-Plan der liberalen Partei an. Zu den Unterschieden gehörten unter anderen die strengeren Strafmaßnahmen. Die Gehaltserhöhung der Lehrer und der kostenfreie Unterricht in den Elementarschulen sind nur adventive Elemente der Gesetze (das letztere war wegen früherer Maßnahmen sowieso formell). Franz Joseph sanktionierte den Antrag, obwohl er mit dessen übertriebenen nationalitätenpolitischen Verschärftheit unzufrieden war. Die „ungarischen“ Kirchen unterstützen die Regierung, sie unterordneten der Sache sogar die Interessen ihrer Autonomie.

Gegen die Lex Apponyi demonstrierten die rumänischen Orthodoxen am heftigsten, und weil sie sogar die Gehaltserhöhung nicht für richtig hielten, gerieten sie mit ihren Lehrern in Konflikt, und das entkräftete

ihren Widerstand. In den protestierenden Pressekampagnen und Straßendemonstrationen ging die rumänische nationale Bewegung voran, ihre Lehrer spielten aber in den Aktionen eine relativ kleine Rolle. Die slowakischen Oberpriester und Pastoren der Kirchen auf slowakischem Gebiet leisteten einen schwächeren Widerstand als die Rumänen und die Serben. Auf den slowakischen Gebieten wurden keine Tausende begeisterte Versammlungen veranstaltet. Die Mehrheit der slowakischen Lehrer geriet mit diesen Anträgen aktiv nicht in Konflikt. Die protestierende Bewegung der Serben nahm die mittlere Stelle zwischen den Rumänen und den Slowaken ein. Die serbische radikale Partei wollte den härteren Zusammenstoß mit der Regierung um jeden Preis vermeiden. Das „rumänische Element“ in der serbischen Bewegung war der Auftritt der serbischen orthodoxen Kirche gegen die Anträge und die Volksversammlungen in Nagybecskerek (Groß-Becskerek) und Nagyikikinda (Groß-kikinda). Die Partei von Tomić kritisierte die Anträge ausnahmsweise mit ihrer Habsburg-Gegnerschaft. Die Verfassungspartei und die Volkspartei nahm die Lex Apponyi eintönig an. Die Führer der Unabhängigkeitspartei (unter ihnen Gyula Justh) unterstützten den Kultusminister, und brachten ihre ultrachauvinistischen Parteimitglieder zur Ruhe. Unter den Politikern der Unabhängigkeitspartei war wieder Mocáry der „weiße Raabe“. Die Mezőfi-Bewegung propagierte die Anträge unterstützend. Die Bürgerlich-Radikalen kritisierten die Gesetze von Apponyi aus dem Gesichtspunkt des Maßes der Preiserhöhung und aus dem des Antiklerikalismus überzeugend, aber sie enthielten sich von der Betrachtung der nationalitätenpolitischen Tendenz in ihnen und vor ihrer entsprechenden Kritik. Die einseitige und fast ausschließliche Betonung des Problems des Klerikalismus zeigte sich auch in den ersten Erklärungen der sozialdemokratischen Partei, mit dem Unterschied, daß die Arbeiterbewegung zur kritischen Erörterung des nationalitätenpolitischen Wesens der Gesetze früher überging als die Bürgerlich-Radikalen. Die Verwandlung des Tones brachte wieder eine Annäherung zwischen der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei und der Parteien der Nationalitäten.

Die erste praktische Folge der Einführung des XXVII. Gesetzartikels im Jahre 1907 wurde, daß man die Lehrer der Nationalitäten einer Reihe von Disziplinaruntersuchungen unterwarf. In den Kreis der Mosten wurden auch ungarische Lehrer einbezogen. Diese Kampagne dauerte ungefähr bis 1910. Das Gesetz wurde auf den karpato-ukrainischen slowakischen und serbischen Gebieten, wo der Widerstand kleiner war, allgemeiner, wirkungsvoller durchgeführt. Wegen der Bewegungen auf den rumänischen Gebieten und wegen anderer Faktoren hatte dort die Vollstreckung des Gesetzes eine weniger dauerhafte Wirkung. Die wichtigste Folge der Einführung war die ungünstigere Atmosphäre. Die Verminderung der Zahl der rumänischen Schulen ist kraftvoller nach 1907 als vorher. Die Lex Apponyi führte aber bei weitem nicht zur Liquidierung der rumänischen Schulen. Die Sache der slowakischen Schulung erlitt einen größeren Schaden, ohne daß der Unterricht auf slowakischer Sprache aufgehört hätte. Der Mangel an Schulen, das Analphabetentum schränk-

te die schulpolitische Aktion sowieso stark ein. Die für groß geplante Assimilation, die die Behörden mit Gewalt durchführen wollten, scheiterte, löste eine Gegenaktion aus. Vor allem erlitt die aufeinander tradierte nationalitätenpolitische Richtung der ungarischen Regierungen am Anfang des Jahrhunderts eine Niederlage.

7. Das „Prügelbank-Gesetz“

In der Landarbeiterpolitik der Regierung und der führenden Kreise des Ungarischen Wirtschaftsverbands (OMGE) wurde die einen entschlosseneren Auftritt der Verwaltung erwartende, aber vorsichtige Reformrichtung am Anfang 1907 vorherrschend. Die zu dieser Zeit immer aufschwingende Organisation der Dorfarmen brachte eine solche Gestaltung der Ereignisse mit. Im Januar und im Februar 1907 entstanden Bewegungen der Landarbeiter. Ihr „Aufruhr“ im Winter und im Frühling spielte in der endgültigen Verfassung und Vorlegung des Gesetzes über die Landarbeiter eine große Rolle. Die Meldungen der Behörden berichteten über die Verstärkung der sozialistischen Wirkung in den Bewegungen des Agrarproletariats. Der Mechanismus des Einflusses der Industriarbeitserschaft auf die Landarbeiter wurde im Frühling und im Winter von 1907 eindeutiger als je. In dieser Atmosphäre traf die Nachricht der Entfaltung des rumänischen Bauernaufstandes um die Mitte März 1907 in Ungarn ein. Die gemeinsame Regierung der Monarchie traf militärische, diplomatische und politische Präventivmaßnahmen. Andrássy bestimmte in dieser Sache als Innenminister, unter der unmittelbaren Wirkung des in Szerémség (Syrmien) ausgebrochenen Bauernaufbruchs. Gegen den rumänischen Bauernaufstand trat auch die ungarische Regierung im Zusammenhang der russischen Revolution auf. Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei betätigte sich in diesen Tagen mutiger in den Dörfern, und die Gutsbesitzer erschracken. Die bürgerlich-liberalen Kreise der Hauptstadt kritisierten das Verfahren der rumänischen Regierung widersprüchlich, aber mit demokratischen Elementen gefärbt. Außer der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei nahm die Bauernpartei Áchims gegen die rumänische Regierung besonders entschlossen Stellung. Mit den Nuancen der Bewertung des Aufstandes kämpften auch die linken Bewegungen. Es ist nicht ganz zufällig daß die Regierung gegen den Volksverein von Áchim in den Tagen wieder auftrat, als die Nachricht des Aufstandes ankam. Die Nachricht der rumänischen Ereignisse beschleunigte die Vorlegung des Gesetzes über die Landarbeiter am 4. April 1907. In den weiteren Monaten des Jahres 1909 begann der Verfall der Agrarbewegungen: Im September wandelte sich die Großversammlung des Ungarischen Wirtschaftsverband in eine Feier aber die Gestaltung der organisatorischen Lage des Landarbeiterversbands folgte dem Rückgang der Bewegungen nicht in solchem Maß. Mitte 1907 war der Landarbeiterversband stärker als in der entsprechenden Periode des vorigen Jahres. Im Rückgang der Bewegungen der Agrarproletarier spielte neben der Gewalt die „Verfeinerung“ der Einwirkung

der Verwaltung und der Regierung, die schlechte Ernte und die politische Unwissenheit der dörflichen Arbeiter eine Rolle. Das alte, aus dem Jahre 1898 stammende Gesetz über die Gutsarbeiter regelte den Fall des Streiks noch nicht, weil es keine größere Streike der Landarbeiter gab, und es entschied über die wirtschaftlich wenig wertvolle, eher zu einer politischen Frage wachsende Fronarbeit auch nicht. Nach sieben Jahren wuchs der Landarbeiter in den Augen der Besitzer zu einer Schlüsselfigur der Bewegungen im Dorf.

Das Gesetz über die Landarbeiter begann sich 1906 parallel mit der Vorbereitung des Industriestreikgesetzes, mit dem Namen „Gesetz für den Arbeiterschutz der Landwirtschaft“, herauszubilden. Statt des Herbstes 1906 begannen sich die Räder der Maschinerie der Gesetzesvorbereitung erst am Anfang 1907 schneller zu drehen. Eine gewisse Begünstigung des Antrags (die Abschaffung der Fronarbeit, andere Erleichterungen, das angeschlossene Zwillingsgesetz über die wirtschaftlichen Arbeiterwohnungen) bzw. seine reaktionären Maßnahmen erregten in ganz verschiedenen Schichten des politischen Lebens einen Sturm, und bildeten verschiedene Oppositionen. Die Konservativsten unter den Gutsbesitzern verurteilten Darányis „soziale Richtung“. Auch die Klein- und Mittelbesitzer protestierten immer wieder wegen der vom neuen Gesetz erforderten Extraausgaben. Die altliberalen Agrarier erregten auch politische Leidenschaften zur Kritik des Gesetzes von der Seite der extremen Rechten. Sie war oft irreführend, partiarchal, sprach über die Polizeifarbe des Antrags. Der Ungarische Wirtschaftsverband war offiziell auf der Seite des Gesetzes, obwohl er die Stellungnahmen der Gutsbesitzer in Einklang zu bringen versuchte.

Die sozialdemokratische Partei verteidigte die materiellen und politischen Interessen des Agrarproletariats in einem wirkungsvollen Kampf. Sie konzentrierte eher auf die Abgekommenheit der Anträge und nur weniger auf die einzelnen Teile. Sie stellte sie vor als den Unterdrücker der Bewegung der Landarbeiter, was sie in erster Linie wirklich waren. Aber die zeitgenössischen sozialdemokratischen und radikalen Bewertungen gaben mit ihrem historischen Schematismus (Werbőczy), mit ihren Verzeichnungen ein ungerechtes Urteil. Obwohl die feudalen Überreste die Grundfarbe des Gesetzes bestimmten, bestand eine Eigenartigkeit des XLV. Gesetzartikels 1907 eben darin, daß er das Rechtsverhältnis der Gutsarbeiter auf kapitalistischen Gründen ordnete, auf eine den Gutsbesitzern entsprechende Art. Die typisch kapitalistischen Überlegungen, die sich der Abschaffung der Fronarbeit anschlossen, die Erscheinung der Elemente der bürgerlichen Sozialpolitik, die Handhabung des modernen Vertragsrechts, die neuartige Normalisierung der Gehalte verflochten sich im Gesetz harmonisch mit der hartnäckigen Verteidigung des Gutsbesitzes. Gegen das Prügelbankgesetz erhoben auch bürgerliche Richtungen ihre Stimme, sie bekamen die Anregung zum Teil von den Sozialdemokraten und von der Bauernpartei. Den Geist des Protestes strahlten vor allem die Bürgerlichen-Radikalen und die Demokraten in den Schichten der Intelligenz aus. In der Unabhängigkeitspartei hatten die-

jenigen ein ansehnliches Lager, die, die alten Gesetze verteidigend, den neuen Antragsauskonservativen Gründen ablehnten (die Ugron-Gruppe und Mocsáry, der sie damals unterstützte). Eine andere sich György Nagy anschließende Gruppe der Kritiker Landarbeitergesetzes in der Unabhängigkeitspartei bewegten eher demokratische Überlegungen, ihre Argumentation war aber eklektisch; sie schöpften auch aus den Argumenten von Żeleński und Ugron. Im Parlament protestierten Mezőfi und die Vertreter der Nationalitäten auch. Von der Seite der Volkspartei bat Giswein, von der der Verfassungspartei die Gruppe von Lajos Náray um Modifizierung. Darányi nahm größtenteils den Wind aus den Segeln der rechten und linken Oppositen durch die Annahme der Modifizierungsvorschläge von Lajos Náray. Die Parlamentsdiskussion richtete sich im großen und ganzen nach der Auffassung der Regierung.

Das angenommene Gesetz enthielt die strengsten Strafmaßnahmen unter den vom „Prügelbank-Gedanken“ des Frühlings 1907 berührten Gesetzen. Während der Vollstreckung des Gesetzes über die Landarbeiter beruhigte sich die Opposition der Gutsbesitzer der Regierung gegenüber immer mehr: sie fand die Möglichkeiten ihrer Ausspielung. Aufgrund des Gesetzes über die Landarbeiter wurden im Jahre 1907 1700 Menschen bestraft. Die Zahl der Bestrafungen wurde später größer, 1910 beinahe 3000. Die arbeitsparteiliche Regierung benützte also das Landarbeitergesetz, das mehrere ihrer Politiker 1907 noch verurteilten, weitgehend. Die Strafmaßnahmen des XLI. Gesetzartikels im Jahre 1907 erreichten ihr Ziel mehr als die entsprechenden Maßnahmen des Gesetzes für die Arbeiterversicherung. Die sozialen Konzessionen des Landarbeitergesetzes verwirklichten sich aber im Vergleich mit den anderen Koalitionsgesetzen (Pragmatik und Lex Apponyi) weniger konsequent. Das „Prügelbankgesetz“ war zur Ausbreitung der Massenbasis der Regierung nicht fähig, es trug in mehreren Richtungen sogar zu ihrer allmählichen Isolierung bei. Aufgrund des Gesetzes über die wirtschaftlichen Wohnungen der Gutsarbeiter wurden etwa 3200 Arbeiterhäuser während der Koalitionsregierung mit Unterstützung errichtet, diese Zahl erreichte aber nicht die geplante und noch weniger die Bedürfnisse der Gutsarbeiter. Die Sache des dritten Agrargesetzesantrags, über die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen, scheiterte: die Gutsbesitzer übernahmen die zur Aufrechterhaltung nötige Selbststeuerung nicht, fürchteten sich auch vor der Verstaatlichung ihrer Organisationen und wollten die politische Expansion der Nationalitäten, des Besitzerbauerntums und nicht zuletzt der Sozialisten verhindern.

8. Die Entfaltung der Krise der Koalition im Frühling und im Sommer 1907

Der Herrscher behandelte die die Koalition führende 67er Gruppe 1906 noch relativ ruhig, 1907 war er schon mit ihrer Politik unzufrieden und dachte an ihren Austausch. Dazu trug bei, daß die Führer der Koalition ihre schwankende Position mit dem Drängen der sog. Verfassungs-

garantien zu verstärken versuchten, die der König versprach, die er aber 1907 schon zu geben zögerte. Es entstand eine Spannung zwischen den Führern der Koalition und dem Hof. Eine Reichsdiskussion (mit den Worten der zeitgenössischen Höflingen eine „Reichskrise“) entfaltete sich. Der Zank zwischen den 67er Führern der Koalition und dem Hof war eine neue Erscheinung der Krise der Koalitionsregierung. Aber „die Gesetze vom Frühling 1907“ verursachten auch in der Massenbasis der Unabhängigkeitspartei einen weiteren Erdrutsch. Es kam vor, daß sich die Enttäuschung im Kreis der Sympathisierenden mit den Armen Bauern darin ausdrückte, daß sie sich zu den Sozialdemokraten wandten. Die örtlichen Parteiorganisationen faßten mehrmals der Konzeption der Regierung entgegengesetzte Beschlüsse. Der Kreis der unabhängigkeitsparteilichen Vertreter, die die Politik der Regierung kritisierten, breitete sich aus. An die Gründung einer selbständigen Partei dachten sie noch nicht; Károly Eötvös lehnte zu dieser Zeit Mocsáry Vorschlag ab, nachdem er eine neue Partei gründen und sich an die Spitze der Unzufriedenen stellen sollte.

Ende 1906, Anfang 1907 überwinden die Altliberalen und die Mitglieder der Fejérváry-Gruppe den Schrecken, der der Machtübernahme der Koalition folgte. Im Hof drängte besonders Franz Ferdinand die Restauration der alten ungarischen regierungsparteilichen Richtung, die Gruppierung der 67er. Kristóffy wagte zuerst in seinem vom Februar 1907 datieren Memorandum dem Kabinetttbüro eine neue Regierung zu empfehlen. Die Politiker, die an der Seite des Thronfolgers standen, wurden zu dieser Zeit nach Wien bestellt, womit sich der ungarische Bruderverein der Großösterreich-Gruppe herausbildete. Die Politiker der Nationalitäten meinten mit dieser vertraulichen Kollaboration ihrem Parteiprogramm und der Demokratisierung zu dienen, praktisch verkehrten sie aber mit der loyalsten und konservativsten Politik. Die Widersprüchlichkeit ihrer Rolle war in ihrem Kreis, sogar in der späteren Historiographie der Nationalitäten lange kaum bewußt. Im März 1907 versuchten die politischen Anhänger von Kristóffy mit wenigem Erfolg eine bürgerliche (radikale) Partei zu gründen. Kristóffys dauerhafte Isoliertheit trug dazu bei, daß die Richtung der Altliberalen der Träger der Auferweckung der orthodoxen 67er Politik wurde.

Im Frühling 1907 gingen die sich im Nationalen Gesellschaftskreis organisierenden Anhänger von Tisza auf diesem Weg mit vorsichtigen Schritten vorwärts. Im September 1907 dachten Apponyi und einige andere Führer der Koalition daran, daß sie die politische Richtung von Tisza um Hilfe bitte. Innerhalb der Verfassungspartei begannen Semsey und andere eine Aktion für die Wiederherstellung der alten Regierungspartei. Zwischen dem König und der Koalitionsregierung fand eine größere Kraftprobe im Juni 1907 statt, als Franz Josef in Budapest einen Besuch abstattete. Der Herrscher, der im Laufe der vorangehenden Handlungen die Erlaubnis der Verfassungsgarantien verweigerte, bedrohte die ungarische Regierung, daß er an ihre Stelle eine Regierung aus lauter 67er setzen wird. Die Juni-Krise löste sich zum Nutzen des Hofes, die Koa-

lition mußte zurückweichen. Der König erreichte mit der Hilfe des österreichischen Ministerpräsidenten Beck, daß die Entscheidung über die Verfassungsgarantien bis Herbst verschoben wurde: Franz Joseph forderte die Koalitionsregierung zur Umarbeitung des Antrags auf. Anlässlich des Besuches des Königs im Juni demonstrierten alle Richtungen der Koalitionsparteien mit ihrer Loyalität. Selbst die Aktivisten der unabhängigkeitsparteilichen Opposition, die sich eben damals zu einer selbständigen Gruppe organisierten, dienten vor dem König. Statt die günstige Gelegenheit auszunützen, ging sogar die sozialdemokratische Partei in den Vertrauenserklärungen zum Königeinen Wettkampf mit den Regierungsparteien ein. Trotzdem kritisierten die Sozialdemokraten zu dieser Zeit die Koalition in mehrerer Hinsicht wirkungsvoll. Der nochmalige Sieg des Herrschers vertiefte die Krise der ungarischen Koalition. Im Sommer 1907 erreichte das Gemeingefühl der Führer der Koalition einen Tiefpunkt, dem ähnlich sich sogar bis zu ihrem Sturz nicht wiederholte. Im Herbst zwang die Sache des Ausgleichs Franz-Joseph einigermmaßen zum Rückzug. Im Interesse des Ausgleichs stimmte er der nahen Vorlegung der Verfassungsgarantien zu, aber er forderte neben dem wirtschaftlichen Ausgleich die Maßregelung der unabhängigkeitsparteilichen Opposition und wünschte für die Verfassungsgarantien in ihrem Text Gegengarantien. Die Führer der Koalition gaben den Wünschen des Herrschers nach. Der Ministerrat brachte am 27. September 1907 über die Verschärfung der Hausordnung eine prinzipielle Entscheidung. Ende Dezember sanktionierte der Herrscher Andrásys Gesetze über die Verfassungsgarantien. Das war die einzige umfassende institutionelle Konzession, die die Regierung dem Hof abpressen konnte. Die Garantien konnte aber Franz Josef, sich auf die außerordentlichen Umstände (Kriegsgefahr) berufend, zu jeder Zeit zurückziehen. Das Schicksal der Autonomien hing nicht so sehr von den angenommenen Gesetzen als von der Politik ab, die sich in ihnen verkörperte, von derer demokratischen oder vielleicht antidemokratischen Art. Und auf dieser entscheidenden Front erlitten die wichtigsten Interessen des Landes mit der Hilfe der Regierung eine provisorische Niederlage.

9. Die Rolle der Wahlrechtsbewegung und des politischen Streiks am 10. Oktober 1907 in der Krise der Koalitionsregierung

In der wachsenden Krise des Wekerle-Kabinetts spielten nicht nur die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts und der Nationalitäten eine große Rolle, sondern auch die gesellschaftlichen Forderungen der demokratischen Massenbewegungen. Im Mai 1907 begann ein neues Kapitel in der Wahlrechtsbewegung und in den Wahlrechtsplänen der Regierung. Die erste österreichische Wahl aufgrund des allgemeinen Wahlrechts im Mai modifizierte das Verhalten der „Unteren“ und der „Überen“. Der österreichische Fortschritt leistete dem ungarischen mittelbar eine große Hilfe.) Er vergalt quasi, daß die ungarischen Ereignisse im Jahre 1905 das In-Vordergrund-Treten der österreichischen Reform be-

leunigten.) Die ungarischen fortschrittlichen Kräfte, die die österreichische Wahlen feierten, bemerkten damals noch kaum, daß die Wahlen in der Nachbarschaft den Erwartungen bei weitem nicht entsprachen: Österreich wurde kein Volksstaat“. In den Tagen der im Mai und Juni 1907 entstandenen Krise benutzte der Herrscher die Sache der österreichischen Reform zur starken Erpressung der ungarischen Koalition. Das ungarische Innenministerium mußte vom Frühling 1907 seine Aufmerksamkeit mehr der Vorbereitung des Wahlrechtsgesetzes zuwenden, das es aber von seinem Programm abweichend auf ungleich, auf nicht-allgemein, auf plural plante.

Zwischen der Führung der Sozialdemokratischen Partei und Andrassy begannen – im Rahmen gelegentlicher politischen Begegnungen – Verhandlungen über die Rahmen der Reform und über die Wahlrechtsbewegung. Andrassy gelang die sozialistischen Führer glauben zu machen, daß die Regierung die Reform auch ohne Zwang vorlegt, und daß die Sozialdemokraten daraus einen bedeutenden Nutzen ziehen. Die Parteiführung begann eine schädliche, zu Pakt geneigte Politik zu treiben, obwohl – von der Feststellung der früheren historischen Literatur abweichend – kein formaler Pakt oder Vereinbarung geschlossen wurde. Die Nachricht des geschlossenen Pakts verbreiteten die Anhänger von Kristóffy, um ihren Einfluß in der Arbeiterpartei einigermaßen zu behalten. Die sozialdemokratische Opposition kritisierte den Opportunismus der Parteiführung, aber leugnete im allgemeinen – im Gegensatz zum Lager von Kristóffy –, daß die Parteiführung wirklich einen Pakt schloß. Kristóffys Richtung ließ zur Sitzung der Führung ihrer Partei die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei einladen, um über die engere Mitarbeit der beiden Parteien einen Pakt zu schließen, aber unter Kristóffys Führung, was die Sozialisten zurückwiesen. Die Parteiführung „schonte“ Andrassy im Frühling und im Sommer 1907, um ihn von den weiterführenden Reformen nicht zurückzuschrecken. Die Regierung schob die Sache der Reform desto mehr auf. Im September 1907 mußte die Parteiführung einen Feldzug für die Erfüllung des Versprechens der Regierung beginnen, sie schrieb den allgemeinen politischen Streik auf den 10. Oktober aus. Der Epoche der großen Streikbewegungen folgte die Periode der großen Demonstrationen. Die Demonstration als Kampfmethode drückte die Schwächung und eine gewisse Radikalisierung der Arbeiterbewegung gleichzeitig aus. Mit der Ermutigung des Königs trat Andrassy gegen den Streik energisch auf. Die altliberale Richtung unterstützte die Regierung im Kampf gegen den Streik am 10. Oktober mittelbar, aber sie betrug zugleich die Arbeiter in den Teilfragen. Der Wahlrechtskampf, zu dem die Sozialisten den Anstoß gaben, riß die Parteien der Nationalitäten mit.

In der Aktion am 10. Oktober kam der Zusammenhang stärker zum Ausdruck, daß die größeren Gipfelpunkte der Bewegungen der Nationalitäten mit den Aufschwungsperioden der Arbeiterbewegung zusammenfallen. Die Wahlrechtsversprechungen der Koalitionsregierung ertönten zum letzten Mal am Vorabend des Streiks, am 10. Oktober mit voller Kraft. Eine Plattform des Wahlrechtskampfes wurde der vor dem Streik

stattgefunde Kongreß für den freien Unterricht in Pécs (Fünfkirchen) auf dem die Sozialisten den Kampf gegen die aktiven Kräfte der Koalition führten. Am 10. Oktober bot die sozialdemokratische Partei zum Streik und zur Demonstration im ganzen Land große Kräfte auf, sie mäßigte aber die Atmosphäre der Demonstration. Die Provinzstädte schlossen sich der Bewegung mit einer ungewohnten Lebhaftigkeit an. In Fiume, in Temesvár (Temeschburg), in Pozsony (Preßburg), in Rózsahegy (Rosenberg), in Győr (Raab) und anderswo fanden durchschlagende Bewegungen statt. Der allgemeine Streik bewegte einen Teil der Nationalitäten, des Bauerntums auch zum Kampf. Die Demonstration in Budapest und die Deputation der sozialdemokratischen Partei im Parlament übte einen Druck auf Gyula Justh aus, was seine persönliche Entwicklung positiv fördern konnte. Die Politiker der Koalition antworteten auf den 10. Oktober mit einem rechten Feldzug. Die Zeitung von Lajos Holló, die Artikel von Gábor Ugron und György Nagy griffen die Arbeiterbewegung entsetzt an. Trotz des Wiederhalls des allgemeinen Streiks im ganzen Land überwertete die Parteiführung den Erfolg ihrer Aktion, und nahm in den Wochen nach der Demonstration der Regierung gegenüber eine hoffnungsvoll abwartende Stellung ein. Der allgemeine politische Streik in Ungarn, der auch internationale Beachtung erregte, übte seine positive Wirkung vor allem als das Vorbild der Demonstrationen der folgenden zwei Jahre aus. Er zwang die unabhängigkeitsparteiliche Opposition zur neuen Erwägung der Arbeiterfrage.

10. Die nationalitätenpolitischen Konflikte der Wekerle-Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 (Von Pánád bis Csernova)

Die Probleme der Nationalitäten tauchten mehr in der Tätigkeit der Verwaltung und der Parteipresse als auf dem Gebiet der Kultur auf. Die Regierung zog vom Anfang 1907 durch ihre Behörden die Schrauben der Verwaltung der Nationalitäten bewußt an. Von einer anderen Seite verschärften auch die Verstärkung, die gewissen Modernisierung und das Massenausmaß der Bewegungen der Nationalitäten die Gegensätze. Außer der Ausbreitung der Welle der Preßprozesse deutete die Vaida-Affäre im Parlament die Verstärkung des Kampfes an. Einen von Vaida vorgelesenen Ausschnitt ließen die Stenographen aus dem Tagebuch regelwidrig aus, und Vaida ließ ihn bei der Korrigierung unbedacht in größerem Umfang zurücksetzen. In der Sache des zu Tötlichkeiten ausgearteten und zu Demonstrationen führenden Konflikts verurteilte die Ungarländische Sozialdemokratische Partei die Vertreter der Koalition, ohne den Nationalismus von Vaida zu verteidigen. Den Skandal, den die Regierung machte, verurteilte auch die Presse um die Unabhängigkeitspartei. Am Ende August 1907 erhob die Landwehr die Waffe gegen die rumänische Bevölkerung in Pánád. Für des „Blutvergießen in Pánád“ machte die ungarische sozialistische Presse die Regierung verantwortlich.

Der Schwerpunkt der Verwaltungskonflikte verlegte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 auf die wehrloseren slowakischen Gebiete. Statt Turócszentmárton wurde Rózsahegy (Rosenberg) und seine Umgebung zu einer der Basteien der slowakischen Arbeiterbewegung. Die politische Aktivität der slowakischen Bewegung erreichte im März 1907 ihren Höhepunkt, parallel mit dem Aufschwung der Wahlrechtsbewegung. Sich der letzteren anschließend bereitete die slowakische nationale Partei im September 1907 eine Reihe von Volksversammlungen vor. Am 10. Oktober demonstrierte das Volk in Rózsahegy und in der Umgebung. An der dortigen Demonstration nahmen etwa dreiundhalbttausend Menschen teil. Die Spezialität der Umgebung von Rózsahegy war, daß die Erregung der Massen Mitte Oktober, nach dem allgemeinen Streik, dort nicht zunahm. Die Bewegung begann über die Vorstellungen der slowakischen Führer hinauszugehen, Hodža bot schon an, daß er helfen wird, durch eine Vermittlung zwischen der Regierung und den Massen die Demonstranten zu beruhigen. Die Gegensätze verschärften sich am meisten in einem Teil von Rózsahegy, namens Csernova (Černova). Am 27. Oktober 1907 kam es hier infolge der Gewalttätigkeit der Behörden zu einem Zusammenstoß, wo die Macht gegen die Massen die Waffe erhob.

Der Zusammenstoß, der das „Blutvergießen in Csernova“ (Černova) auslöste, war sowohl von der Seite der dortigen Bevölkerung (in ansehnlichem Teil Arbeiter) als auch von der der Behörden spontan. Der Konflikt wurde weder auf der einen, noch auf der anderen Seite bewußt vorbereitet. Die führenden Politiker der Nationalitäten (Hlinka, Hodža usw.) waren nicht an Ort und Stelle. 1907 kam es im allgemeinen dort zum Blutvergießen, wo die Behörden mit einer plötzlich entstandenen, spontanen Massenbewegung in Konflikt gerieten. Im Gegensatz zur oftten Erklärung der historischen Literatur war auch die sozialdemokratische Partei und die Hodža-Bewegung an den Ereignissen in Rózsahegy beteiligt. Die Volksbewegung dieser Gegend kann nicht nur als eine Organisation der slowakischen Volkspartei, die sich Hlinkas Namen anschloß, betrachtet werden. Hlinka ist übrigens trotz seiner vorangehenden Propagandaarbeit vielmehr Nutznießer als Held der Ereignisse in Csernova. Die miteinander kämpfende ungarische und slowakische bürgerliche Historiographie trafen sich in der fehlerhaften Tendenz, daß sie – mit umgekehrtem Vorzeichen – Hlinka zum großen „Veranstalter“ von Csernova machten. Der ungünstige Widerhall von Csernova ist die größte Niederlage der Koalitionsregierung in der Nationalitätenpolitik. Björnson warnte vor der extremen Nationalitätenpolitik noch vor dem großen Konflikt verhältnismäßig real, die Interessen der Ungarn auch betrachtend, und er geißelte Apponyi. Zur Sache der Björnson-Briefe nahm Mócsáry keine ausgeglichene Stellung, im Gegensatz zu Ady, der außer den Sozialdemokraten das Recht des von ihm kritisierten Björnsons am meisten verstand. Die österreichische Regierung unterstützte den Standpunkt der ungarischen Koalition wirkungsvoll. In der späteren Erörterung der Ereignisse in Csernova ließen die Zeitungen der Nationalitäten – fehler-

haft — die ausführliche Darlegung des Verhaltens der Massen im allgemeinen weg. Demgegenüber konzentrierten die Zeitungen der Regierung einseitig auf die „Aggressivität“ der Massen.

11. Der „Ausgleich“ im Jahre 1907

Während der 1906 begonnenen vorangehenden Verordnungen über die wirtschaftlichen Verträge waren die Sitzungen, die auf das Schließen des Wirtschaftsvertrags und auf die Ausarbeitung der Details zielten, vorbereitend. Die politischen Forderungen, die für die wirtschaftlichen Konzessionen in die Rede kamen, gehörten eigentlich nicht zum Vertrag und waren beim Schließen gar nicht interessant, obwohl die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung vor allem auf diese gelenkt wurde. Die Kreise des Ungarländischen Wirtschaftsverbands wünschten den Ausgleich unbedingt. Von ihm erwarteten sie aufgrund eines fertigen Programms eine ganze Reihe wirtschaftlicher Vorteile. Das Ausgleichsprogramm der Agrarier traf die Geneigtheit des österreichischen Partners in mehreren Punkten. Die Unabhängigkeitspartei forderte einen sofortigen politischen Preis, sie vertraute gewissermaßen ernst auf den Erfolg der politischen Erpressung, die aus Notwehr getan wurde. Während die Führer der Partei auf den politischen Gegenforderungen ritten, zogen die ungarischen Agrarier mit den Kreisen der 67er Finanzkapitalisten die eigentlichen wirtschaftlichen Verhandlungen in ihren Wirkungskreis. Die überwiegende Mehrheit der ungarischen Fachdelegation bestand aus 67ern. Es gab auch eine „politische Delegation“, ihre Tätigkeit fiel praktisch mit der Arbeit der ungarischen Regierung zusammen. Die österreichische Delegation suchte nach den wunden Punkten, wo Ungarn ohne die Verletzung des Wirtschaftsvertrags angegriffen werden kann. Bei dieser Gelegenheit wurden die Österreicher die Herren der wirtschaftlichen Angelegenheiten. Aus politischem Gesichtspunkt brachte die österreichische Delegation nur ein einziges Gepäck mit: es soll alles, was zur Lockerung der Bande zwischen den zwei Staaten führen könnte, verhindert werden.

Nachdem die österreichische Delegation die politischen Gegenansprüche der ungarischen Parteien und der Regierung erfuhr, verkündete sie schon am Anfang der offiziellen Verhandlungen, im September 1906, daß sie im Gegensatz zu den ungarischen Ansprüchen auch die Quotenfrage und die Bankfrage als Teile des Ausgleichs betrachtet. Franz Ferdinand wollte der ungarischen Regierung keine Konzession machen, am wenigsten eine politische und staatsrechtliche. Er wünschte eine längere Vereinbarungsperiode als die gewöhnlichen 10 Jahre. Der österreichische Ministerpräsident entfernte sich von dieser Auffassung und erwog die kleineren Erfolge, um durch deren Vergrößerung wirtschaftliche Gegenleistungen zu bekommen. Die Meinung, nach der zwischen Beck und Franz Ferdinand nur in der zweiten Hälfte der Verhandlungen Auffassungsunterschiede auftauchten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Komplikationen um die Verhandlungen trugen zur Entlassung des Außen-

ministers Goluchowski bei. Das ungarische Ultimatum des bisherigen Außenministers war eine Wiederholung des „schönen“ Sturzes von Hohenlohe. Die Entlassung von Goluchowski und die Ernennung Aehrenthals, der zum Franz Ferdinand näher stand, war gleichzeitig ein Sieg und eine Niederlage des Wekerle-Kabinetts. Falsch ist die Tendenz der ungarischen bürgerlichen Historiographie, die in Aehrenthal einfach den Menschen sah, der die Ungaren verstand und ihn für einen Gegner von Franz Ferdinand hielt. Obwohl man in den Militärfragen monatelang kein Ergebnis erreichen konnte, jubelte die ungarische Regierungspresse Ende Januar und Anfang Februar 1907. Es entging der Aufmerksamkeit sowohl der ungarischen als auch der österreichischen Geschichtsschreibung, daß auch Ungarn, und zwar die Kreise der Agrarier, zur Ausschaltung der Militärfrage beitrugen. Vor April 1907 wurden die militärischen Forderungen von den ernstesten *Ausgleichsverhandlungen* verdrängt, und ihren Platz nahm der Problemkreis der Verfassungsgarantien ein.

Der Industriellenverband und der Ungarländische Handelsverein hörte ungefähr von diesem Zeitpunkt an mit den eindeutigeren Hinweisen auf das selbständige Zollgebiet auf. Die Gründe des wirtschaftlichen Ausgleichs waren im Frühling 1907 fertig. In der überwiegenden Mehrheit erreichten beide Kommissionen ihr Ziel. Im Juni 1907 schlossen sich die gemeinsamen vorbereitenden wirtschaftlichen Fachkonferenzen. Aus dem Komplex der wirtschaftlichen Angelegenheiten blieben bloß die nur locker hierzu gehörende Bankangelegenheit und die Frage der Quote unerledigt. Die Finalisierung des neuen Ausgleichs war danach vielmehr die Sache der politischen Verhüllung als die der wirtschaftlichen Verhandlung. Die von der österreichischen Regierung angewandten finanziellen Retorsionen und Drohungen wurden im Sommer 1907 zu den letzten Mitteln der Bekämpfung der politischen Gegenforderungen. Unter diesem Druck bearbeitete Andrássy den Plan der Verfassungsgarantien neu, den der Ministerrat am 9. September 1907 samt der Erlaubnis der Erhöhung der Quote guthieß. Die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Koalition begannen vor der endgültigen Vereinbarung eine breite Propagandakampagne im Interesse des gemeinsamen Zollgebiets und der gemeinsamen Bank.

Die immer aktivere unabhängigkeitsparteiliche Opposition und noch mehr die sozialdemokratische Partei wandten sich gegen den vorbereiteten Ausgleich. Unter den Gesetzten der Koalition erweckte die Nachricht des wirtschaftlichen Ausgleichs den größten Widerhall in der Monarchie. Der Ausgleich als die Manifestation des österreich-ungarischen Dualismus löste schlechthin die Antipathie der Tschechen und anderer Nationen in Österreich aus. Aber das österreichische Großkapital unterstützte die getroffene Vereinbarung mit besonderer Kraft. In diesen Kreisen wurde die Meinung allgemein, daß der Ausgleich im Jahre 1907 für Österreich vorteilhafter ist als das Széll-Körben-Abkommen. Die österreichischen Bewertungen wichen der Detaillierung der für die ungarischen Agrarier günstigen Vertragsbestimmungen auffallenderweise aus. Franz Ferdinand brachte der Ausgleich in Verlegenheit: trotz seiner „gemisch-

ten Gefühle“ hatte er im allgemeinen gegen den geschlossenen Vertrag keine Einwände. Die österreichischen Sozialdemokraten schrieben entsprechend den zwei Interpretierungsvarianten des österreichischen Bürgerturns bald im Zeichen des christlichsozialistischen Schlagworts „Los von Ungarn!“, bald betonten sie die Wichtigkeit der Zollgemeinschaft; sie griffen ihre Regierung mit verschiedenen kritischen Elementen, aber konzeptionslos an. Besonders die Kritik der Helferschaft der beiden Regierungen und der Dramatisierung der Verhandlungen ist in ihrer Meinung originell und wertvoll. Gegen die föderalistische, agrarische, belvedereische usw. und die demokratische Opposition konnte Beck nicht zuletzt mit der Hilfe des dem Gesetz zustimmenden-Großhandels den Ausgleich im Reichstag durchbringen. Schließlich wurde der Ausgleich in Österreich mit der Hilfe der Parteien angenommen, die am kraftvollsten forderten: „Los von Ungarn!“. Die Gegner Österreichs gerieten in Ungarn in eine ähnliche Lage. Die Führer der deutschen Politik begrüßten den Ausgleich als die Verstärkung der Großmachtstellung der Monarchie. In den staatsrechtlichen Konzessionen sahen sie die Verhüllung der Niederlage der Unabhängigkeitspartei. Die formale Ausschaltung der Bankangelegenheit erwähnten sie als die Versicherung der Sache der österreichischen Regierung.

Laut der Meinung der deutschen Presse bewies der Ausgleich, daß Österreich nicht mehr so durchdringende wirtschaftliche Stärke hatte, als früher. Die Zusammenstimmung der Veränderungen im deutschen Diplomatendienst mit dem Schließen des Ausgleichs (die Ablösung des Grafen Wedel an der Botschaft der Monarchie und die Ablösung Tschirschkys, des bisherigen Staatssekretärs, der später Wedels Stelle einnahm) bezeugte, daß der Ausgleich auch die modifizierte Richtung der Politik der Zentralmächte günstig berührte, die die Diplomatie der beiden Reiche noch mehr gegen die Rußland und die Entente wandte.

Der Ungarländische Wirtschaftsverband begrüßte den Ausgleich ohne Vorbehalt. Die Verfassungspartei stand auf demselben Standpunkt, mit dem Unterschied, daß sie das Fallenlassen der militärischen Gegenforderungen bedauerte. Die Mehrheit der Volkspartei unterstützte den Ausgleich gern, bei ihrer Minderheit entstand aber eine Verwirrung: einige Vertreter versuchten die Politik der Partei in die Richtung der Unabhängigkeitspartei, andere eben derer gegenüber zu lenken. Die Richtung der offiziellen Führung der Unabhängigkeitspartei kehrte sich nach der der 67er Parteien: sie stellten die wirtschaftlichen Einzelheiten in den Vordergrund. Holló unterstützte das Verfahren von Ferenc Kosuth. Die Parteipresse meinte mit dem Ausgleich vor der ungarischen Politik neue Wege frei zu machen. Die Interessenskreise der Industrie fanden sich — um die industrielle Konjunktur besorgt, sich vor den eventuellen Erschütterungen fürchtend — mit dem geschlossenen Abkommen ab. Die Altliberalen kritisierten den übrigens auch von ihnen gebilligten Ausgleich wegen seiner Form radikal. Die sozialdemokratische Partei wandte sich gegen die Regierungsversion der Bewertung des Ausgleichs; sie bot die gründlichste Analyse des Problems. Sie wandte die Schlagworte

des selbständigen Zollgebiets und der selbständigen Bank radikaler gegen die Koalition als die unabhängigkeitsparteiliche Opposition. Die Kritik der Bürgerlich-Radikalen war ähnlich zur Kritik der Sozialisten, aber sie unterschied sich von ihr manchmal in der Abweisung der selbständigen Bank (z. B. Zoltán Zigány).

Den Protest der unabhängigkeitsparteilichen Opposition machte es widersprüchlich, daß sie irgendeinen 48er Ausgleich wollte. Gegen die Tatsache des Ausgleichs hat sie keine Bedenken erhoben. Sie untersuchte die Einzelheiten. Die Regierung fürchtete sich darum nicht so sehr vor der Koalitionsfeindlichkeit ihrer Opposition als vor der Entstehung einer Gegenfront innerhalb der Koalition. Mezöfi folgte der unabhängigkeitsparteilichen Opposition, mit dem Unterschied, daß er wegen des Ausgleichs auch die Agrarier kritisierte. Die Opposition hatte keinen tauglichen Führer: Mocsáry lehnte diese Rolle ab. Aber die Verstärkung der Opposition radikalisierte Mocsáry, nicht aufgrund des Pakts wollte er eine bessere Politik. Mocsárys Verbindungen am Ende 1907 modifizieren das frühere Bild über seine völlige Isoliertheit. Die Absonderung der Oppositionsgruppe zeigte, daß die Unabhängigkeitspartei organisatorisch den Weg einschlug, auf dem sie ihre alte zweifache Gliederung zurückgewinnen kann, und daß sie in die Epoche vor den großen Wahlerfolgen zurückzukehren begann, in der den Organisationszustand der Bewegung gewöhnlich zwei Parteigruppen, zwei „Parteien“ charakterisierten.

Die Meinung der Mehrheit der Parteien der Nationalitäten in Ungarn über den Ausgleich unterschied sich von der Meinung der Unabhängigkeitspartei im allgemeinen in der Bejahung des programmäßigen Ausgleichs, von der Meinung der 67er Parteien in der Anschauung, die demokratische Elemente enthielt. Die Regierung lenkte die Parlamentsdiskussion des Ausgleichs in die Richtung der Reibungen zwischen den Nationalitäten. Zur Zeit der sich fortsetzenden kroatischen Obstruktion stand Justh für das Recht des Gebrauchs der kroatischen Nationalsprache ein, aber auch er selbst erschien in den Diskussionen mehrmals als der Repräsentant der Mehrheit. Das Obstruktionsrecht der Kroaten verneinte er schon. Zum putschartigen Annehmen-Lassen des Ausgleichsgesetzes kam es nicht so sehr wegen der kroatischen Obstruktion als unter ihrem Vorwand. Aber die Auflösung der kroatischen Sobor im Dezember 1907 zielte größtenteils auf die Abwehr des kollektiven Protests gegen den Ausgleich.

Der Wirtschaftsvertrag wurde im Vergleich zu den früheren mit mehreren ungünstigen Verordnungen erweitert und drückte die zahlreichen Positionsverbesserungen des ungarischen Großbesitzes, sogar die positive Interessiertheit eines Teils des ungarischen Handels- und Industriekapitals aus. Der Moment der wirtschaftlichen Befriedigung des Großbesitzes entging der Aufmerksamkeit der scharfsichtigsten bürgerlichen Kritiker des Ausgleichs; der Vertrag konnte so als eine Reihe von Niederlagen dargestellt werden. Den Ausgleich empfingen die entscheidenden wirtschaftlichen Kreise zu seiner Zeit eindeutig zustimmend. Der wichtigste Moment seiner politischen Beurteilung war nicht die Ent-

scheidung der Frage, ob er günstig oder ungünstig war, sondern die Tatsache seines Schließens. Er galt als ein großer Erfolg der österreichischen Regierung und der ungarischen 67er Kräfte. Der Ausgleich ist die Grenze einer Periode, in der politischen Geschichte der Koalition: der Höhepunkt des „Aufschwungs“ des Parteibündnisses und der Beginn seines schnelleren Verfalls. Aber die Wekerle-Regierung hatte noch größere Reserven als Becks österreichisches Kabinett. Die am meisten kritisierten Teile des Ausgleichs wurden aus dem Stammtext des XII. Gesetzartikels des Jahres 1908 ausgelassen. Der österreichische Partner vergalt die materiellen Konzessionen mit staatsrechtlichen und vertragstechnischen. In der terminologischen Veränderung steckte die rechtliche Möglichkeit der radikalen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, aber sie drückte zu dieser Zeit nur eine rechtliche Möglichkeit und nicht die Auflösung eines Teiles der Realunion aus. Die Erhöhung der Quote wurde zuerst 1907 im Parlament angenommen. Mit der Annahme brachen die Politiker der Unabhängigkeitspartei ihre früheren Äußerungen. Der Ausgleich ging über das Programm, das im Pakt 1906 angenommen wurde, mit der Erhöhung der Quote hinaus. Die Sache der Bank wurde nach der österreichischen Auffassung aus dem Ausgleich „ausgeschaltet“, nach der ungarischen Auffassung wurde sie nicht „eingeschaltet“; die geheime Vereinbarung trug praktisch zur Erhaltung der gemeinsamen Bank bei. Im Laufe der Durchführung des Ausgleichs erfüllten die Regierungen ihre Pflicht im Zusammenhang mit der Eisenbahn in Kassa-Oderberg und mit der sog. dalmatischen Eisenbahn nicht befriedigend, von österreichischer Seite wurden die Möglichkeiten der Erhöhung des Tarifs ausgenutzt, die Annexionskrise verstärkte den Anspruch, der auf das absolute Quantum der Quote erhoben wurde.